32. Donnerstag den 7. Februar 1861. 32.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Zur gef. Notiznahme.

Der heute früh fällige Schnellzug von Berlin hat den Anschluß in Kreuz nicht erreicht. Die Zeitungen von jenem Kurse sind uns daher sehr verspätet, Korrespondenzen von Berlin und den jenseits belegenen Orten gar nicht zugegangen.

Die Redaktion.

Amtliches.

Berlin, 7. Febr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: den Justizrath Bornemann, Korpsauditeur vom 8. Armeekorps, zum Geheimen Kriegsrath und vortragenden Rath im Kriegsministerium zu ernennen; so wie den Oberbauinspektor, Baurath Pohlmann zu Breslau zum Regierungs- und Baurath zu befördern; und dem Banquier L. Kempner zu Glogau den Charakter als Kommerzienrath zu verleihen; ferner dem Freiherrn Adolph von Fuerstenburg zu Lörsfeld, im Kreise Bergheim, die Erlaubniß zur Anlegung des ihm verliehenen Johanniter-Maltheser-Ordens zu ertheilen.

Der Königliche Bauinspektor Brennhausen zu Schweidnitz ist zum königl. Ober-Bauinspektor ernannt und demselben die Ober-Bauinspektor-Stelle zu Breslau verliehen worden.

Der Rechtsanwalt und Notar von Lisiecki in Pleschen ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Schrimm, mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst; und der Rechtsanwalt und Notar Arnold zu Meseritz in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Krotoschin, mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, versetzt; ferner ist der bisherige Kreisrichter Małecki in Posen zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte in Wreschen und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Posen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Wreschen; der bisherige Kreisrichter Grauer in Kempen zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte daselbst und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Posen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Kempen; der bisherige Kreisrichter Karpinski in Schroda zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Schrimm und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Posen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Schrimm; so wie der bisherige Kreisrichter Klemme in Grätz zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte daselbst und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Posen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Grätz; und der bisherige Gerichtsassessor Fröhner zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte zu Meseritz und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Posen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Meseritz ernannt worden.

Der bei der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn beschäftigte frühere Werkführer Hermann Heinrich Wilhelm Frank ist zum Königlichen Eisenbahn-Maschinenmeister ernannt worden.

Der bisherige Kanzlei-Diätarius Wesenick ist als Geheimer Kanzlei-Sekretär bei dem Finanz-Ministerium angestellt worden.

Angekommen: Der General-Major und Kommandeur der 18. Infanterie-Brigade, von Schwartz, von Glogau.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 6. Febr. [Vom Hofe.] Ihre Majestät die Königin hat in den ersten Tagen dieser Woche einigen Damen, worunter die Gemahlinnen der Minister, Audienzen ertheilt und heute, nach Sr. Majestät dem Könige, die zur Beglückwünschung des erlauchten Statthalters hier anwesenden Deputirten der Kommunallandtage aus Pommern empfangen. — Der General Lamarmora hat mit seinen militärischen Begleitern die Abschiedsaudienz bei beiden Majestäten gehabt, und gestern fand bei Allerhöchstdenselben zu Ehren der Abgesandten mehrerer Höfe ein größeres Diner statt. — Der Fürst von Hohenzollern machte gestern bei seinem ersten Ausgange Sr. Maj. dem Könige und Ihrer Maj. der Königin seine Aufwartung und der Erbprinz von Aremberg ist von beiden Majestäten vor seiner Abreise empfangen worden.

— [Deutschland und England.] Unter dieser Ueberschrift bringt die neueste Nummer des „Bremer Handelsblattes" einen längeren Artikel, dem wir Folgendes entnehmen: „Die Engländer wünschen ihr Reich nicht über seine jetzigen Grenzen hinaus auszudehnen, darum hat der Krieg für sie durchaus keine besonderen Reize; sie treiben außerdem, auf den einheimischen Gewerbefleiß gestützt, einen Handel, der die ganze Welt mit dichten Ringen umspannt, darum sind sie jedem Kriege entgegen, es führe ihn wer will. Wenn sich irgendwo, zumal in ihrer Nähe, kriegsschwangere Wolken aufthürmen, so lieben sie das Manöver anzuwenden, mit welchem man bisweilen Gewitter am Ausbruch verhindert: sie lösen blindgeladene Kanonen. So und nicht anders ist die Sprache zu verstehen, welche sie jüngst aus Anlaß der deutsch-dänischen Streitigkeiten in Berlin geführt haben. Sie versuchten Preußen einzuschüchtern und zurückzutreiben; erst als dies an der unerwarteten Festigkeit Preußens scheiterte, versuchten sie dasselbe Mittel bei den übermüthigen Dänen. In angemessener Verstärkung der Dosen werden sie dieses Mittel bald in Kopenhagen, bald in Berlin so lange brauchen, bis die gefürchtete Entladung des lang angesammelten Zündstoffs dessenungeachtet erfolgt. Von diesem Augenblick an aber wird Englands Haltung eine große Veränderung erfahren. Von diesem Augenblick an wird es, um Alles in ein Wort zu fassen, unser standhafter Verbündeter sein; vielleicht nicht gleich mit mörderischen Breitseiten, aber von Haus aus mit der ernstesten und beharrlichsten diplomatischen Einwirkung. Es wird uns vielleicht, wie wir am Ende auch wohl selbst wünschen werden, die Ueberwindung Dänemarks einschließlich seiner entsetzlichen Flotte selbst überlassen. Allein es wird dafür Sorge tragen, daß weder Frankreich noch Rußland uns bei diesem Geschäfte störe. Denn was würde sonst aller Wahrscheinlichkeit nach geschehen? Drei Ausgänge, drei allein, sind denkbar. Entweder die mächtigen Feinde werfen uns zu Boden, dann hat England seinen Schild gegen eine französische Landung eingebüßt; oder sie bestimmen uns, etwa nach einigen kleinen Niederlagen, uns mit ihnen gegen die englischen Interessen zu verbrüdern; oder endlich, wir gehen aus dieser schrecklichen Probe mit dem höchsten Aufgebot aller Kräfte siegreich hervor, ohne Englands Beistand gehabt zu haben, so wird England nicht darauf rechnen dürfen, daß wir ihm die entbehrte Hülfe seiner Flotte nachträglich durch eine thätige Unterstützung zu Lande bezahlen. Kurz, wenn Deutschland mit einem seiner gefährlichen Nachbarn oder gar mit beiden in Kampf geräth, so wird England die alte Lehre sich müssen gesagt sein lassen, daß eine Großmacht in einem Weltkriege nicht unbetheiligt bei Seite stehen kann. Und die politische Bildung der Engländer bürgt dafür, daß sie ihre einzigen wahren Freunde nicht in einem neuen Austerlitz sich verbluten lassen werden, um in einem neuen Jena die gebührende Strafe ihrer feigen und verrätherischen Unschlüssigkeit zu empfangen. Wenn ihre stolze Kriegsflotte nicht zu einem Kinderspielzeug herabsinken soll, so darf sie weder die Ostsee zum Tummelplatz einer russischen, noch die Nordsee zum Tummelplatz einer französischen Flotte werden lassen. Das Zwergvolk an den Belten mag sie zur Noth gewähren lassen, aber nicht Nebenbuhler, die einst zu furchtbaren Gegnern heranwachsen könnten."

— [Französische Vermittelungsversuche im deutsch-dänischen Streite.] Die „B. B. Z." hört, daß Frankreich neuerlich, zunächst in Wien, zur Anbahnung einer gütlichen Einigung zwischen dem deutschen Bunde und Dänemark, und gestützt auf die Erwägung, daß der kategorische Imperativ eines Bundesbeschlusses gegenüber einem Bundesgliede, der zugleich und vorwiegend der Souverän eines fremden Staates ist, unmöglich am Platze sein könne, den Gedanken angeregt hat, ob es sich nicht jetzt noch empfehlen werde, Bundeskommissarien zu ernennen, d. h. Kommissarien, welche Namens des Bundes nicht etwa in Holstein regierten, sondern in seinem Namen und mit spezieller Vollmacht verhandelten und vermittelten. Frankreich soll für einen solchen Fall zugleich seine guten Dienste angeboten haben, um die Erfüllung aller billigen Forderungen des Bundes in Kopenhagen zu befürworten.

— [Die Audienz des Generals Willisen beim Kaiser Napoleon.] Während der General Lamarmora keine politische Mission mit nach Berlin gebracht haben soll, giebt ein Pariser Korrespondent des „Dr. Journ." interessante Details über die kühle Aufnahme, welche der preußische Abgesandte General Willisen, der die Begrüßung des neuen Königs nach Paris gebracht, am Tuilerienhofe gefunden habe. Der General soll sich dabei sehr geschickt benommen und auf eine bedenkliche Aeußerung des Kaisers Napoleon bloß verbeugt haben mit dem Bemerken, er habe keine diplomatische Mission und enthalte sich daher der Antwort. Als der Kaiser indeß weiter eingegangen, habe er entgegnet, Preußen hege keine feindliche Meinung gegen Frankreich. Der Kaiser könne glauben, daß Deutschland nie daran gedacht, eine aggressive Rolle zu spielen. Aber das neu aufgebrachte System, die Theorie der „Faits accomplis" und die „Nationalitätsprinzip" genannte Epidemie machten seinem Souverän Vorsichtsmaaßregeln zur Pflicht, die der Zustand Europa's zur Genüge rechtfertige. Alles das sei mit ebenso viel Ruhe und Festigkeit vorgebracht worden. Der Kaiser habe darauf betheuert, daß die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa sein Wunsch sei, daß er die Vorgänge in Italien nie gebilligt, im Gegentheil Alles gegen seine Absicht gethan sei. Europa lasse ihm nicht die verdiente Gerechtigkeit widerfahren. Er hoffe in Kurzem seine Mäßigung klar beweisen und so alle Vorurtheile gegen ihn zerstören zu können. Wir theilen diese Angaben nach dem „Dresd. Journ." mit, ohne die Gewähr dafür zu übernehmen.

— [Graf Pourtalès.] Am 30. Januar ist zu Clarenz bei Bevay in der Schweiz der königl. Wirkl. Geh. Rath und frühere Ober-Zerimonienmeister am hiesigen königl. Hofe, Graf Friedrich v. Pourtalès, im fast vollendeten 82. Lebensjahre gestorben. Er war der Vater des jetzigen königlichen Gesandten in Paris.

— [Neue Blindenschrift.] Am Montage fand hier eine Versammlung speziell dazu geladener Notabilitäten statt, in welcher über die Einführung einer neuen Blindenschrift beschlossen werden sollte, welche in England erfunden und hier seit einiger Zeit versuchsweise mit großem Erfolge geübt worden ist. Vor acht Tagen schon wurden nämlich derselben Versammlung durch den General-Superintendenten Hoffmann 16 Blinde vorgestellt, welche, im Alter von 8—59 Jahren stehend, von einem unter ihnen, einem erblindeten jungen Mann, Herrn Bernhardt, seit August v. J. in dieser neuen Schrift unterrichtet worden waren und überraschende Resultate zeigten. Die Schrift besteht aus 7 einfachen Zeichen, Winkeln, Strichen, Kreisen rc., welche in verschiedener Stellung die Buchstaben des Alphabets repräsentiren und, erhaben in starkgeleimtes Papier gepreßt, sich durch die Fingerspitzen sehr leicht unterscheiden lassen. Am überraschendsten waren die Resultate bei einer alten stumpfgewordenen Frau, welche blindgeboren, niemals Unterricht im Lesen erhalten, gleichwohl aber diese Zeichenschrift sehr bald lesen gelernt hatte. In England ist letztere schon längst eingeführt und werden jetzt in derselben die Bibel oder einzelne Theile derselben dort bereits in 20 verschiedenen Sprachen gedruckt.

Düsseldorf, 3. Febr. [Prof. Köhler †.] Aus Marseille wird berichtet, daß der Historienmaler Professor Chr. Köhler in der Nähe dieser Stadt, wo er sich zur Herstellung seiner Gesundheit seit einiger Zeit aufhielt, gestorben ist.

Elbing, 5. Februar. [Hermann Jakob Riesen], eine auch in weiteren Kreisen wohlbekannte ehrenwerthe Persönlichkeit, ist gestern Mittags hier im 47. Lebensjahre gestorben.

Oestreich. Wien, 5. Febr. [Ein neues Finanzprojekt.] In den hiesigen finanziellen Kreisen wird jetzt mit Lebhaftigkeit ein neues Finanzprojekt diskutirt, welches von dem Finanzminister von Plener dem Gesammtministerium zur Begutachtung vorgelegt und von einem auswärtigen Finanzkundigen (wenn unsere Nachrichten richtig sind, von einem Breslauer; d. Red.) angeregt worden ist. Es handelt sich um eine neue, 5 Prozent tragende, östreichische Anleihe von hundert Millionen Fl. Oestr. W., welche nach dem Projekt (denn nur um ein solches handelt es sich bis jetzt) in folgender Weise aufgebracht werden soll: „Durch ein Gesetz soll angeordnet werden, daß über jede Zahlung von 15 fl. Oestr. W. und darüber von dem Zahlungsempfänger eine Quittung ausgestellt werden muß, und jede solche Quittung einen Stempel von 5 Kreuzern Oestr. W. zu tragen hat. Diese Quittungsstempel sind in Form adhäsiver Marken anzufertigen und überall da käuflich, wo bis jetzt Postmarken zu haben waren. Der Betrag, welcher auf diese Weise jährlich eingehen würde, dürfte die Summe von 10 Mill. Fl. weit übersteigen, in dem Projekt wird aber für den gegenwärtigen Zweck nur diese Summe als sicher angenommen und vorgeschlagen: einem oder mehreren Kapitalisten die Einziehung dieser Steuer, also die Ausgabe und den Verkauf der Quittungsstempel-Marken gegen ein Darlehn von hundert Millionen Fl. pfandweise zu überlassen. Da der Verkauf der Marken täglich vor sich geht, also täglich eine bestimmte Summe in die Kasse der die Anleihe übernehmenden Gesellschaft fließt, so werden die Zinsen dieser Summen mehr als hinreichen, um die Verwaltungskosten zu decken. Die auf diese Weise jährlich eingehende Summe von 10 Mill. Fl. soll nun auf folgende Art verwendet werden: a) 5 Proz. Zinsen von 100,000,000 Fl. macht: 5,000,000 Fl. b) zur Amortisation der Schuld: 2,500,000 Fl., c) zur successiven Dekkung des bei Emission der Anleihe voraussichtlichen Kapitalsverlustes: 1,250,000 Fl., d) zur Zahlung einer Superdividende an Zeichner: 1,250,000 Fl., zusammen 10,000,000 Fl. Sobald die Kapitalseinbuße gedeckt ist, wird der früher zur Tilgung benutzte Betrag (c.) von 1,250,000 Fl., mit zur Amortisation und zur Vergrößerung der Superdividende verwendet. Ueberschreitet, wie zu erwarten steht, der aus der zu erhebenden Quittungssteuer eingehende Betrag die angenommene Summe von 10 Mill. Fl., so soll der Ueberschuß in die Staatskasse fließen, sofern es die Regierung nicht vorziehen sollte, die Mehreinnahme zur Grundlage einer neuen Anleihe zu machen. Die Aufnahme, welche dieses Projekt in hiesigen Kreisen gefunden hat, ist sehr günstig, und es läßt sich auch sicher nicht verkennen, daß viele Umstände zum Vortheil desselben sprechen. Der ganze Plan gründet sich auf die Einführung des Quittungszwanges und der Quittungssteuer. Ersteres ist nicht zu verstehen, als sollte durch ein Gesetz festgestellt werden, daß fortan die geschehene Zahlung einer Schuld nicht anders (mit zivilrechtlicher Wirkung) bewiesen werden könne, als durch die schriftliche Quittung des befriedigten Gläubigers. Es soll vielmehr in zivilrechtlicher Hinsicht gar nichts geändert werden, sondern die Zahlung, soweit dies nach dem bestehenden Rechtszustande ohnedies schon möglich war, durch jedes Beweismittel nachgewiesen werden können. Nur würde die Nichtausstellung einer Quittung mit einer fiskalischen Strafe bedroht werden, etwa in der Art, wie in vielen Ländern der Nichtgebrauch des vorgeschriebenen Stempels eine fiskalische Strafe nach sich zieht, ohne daß deshalb der Akt, für welchen der Stempel vorgeschrieben ist, aber nicht verwendet wurde, zivilrechtlich unverbindlich wäre. Wird eine Quittung ausgestellt, aber der Quittungsstempel defraudirt, so werden der Zahlungsempfänger und der Zahlungsleister ebenfalls mit einer fiskalischen Strafe belegt, und diese Strafe soll, da die Quittungssteuer für alle Beträge von 15 Fl. und über 15 Fl. gleich hoch ist, desto höher sein, je größer der empfangene und nicht quittirte Betrag und die nicht mit Stempel versehene Quittung ist. Freilich haben wir in Oestreich für gewisse Fälle schon eine Quittungssteuer, neben welcher aber die neue, in der That geringe Abgabe, die eine reine Minimalsteuer ist, sehr wohl bestehen könnte. Weder der Quittungszwang, noch die Quittungssteuer würden unseres Erachtens den Verkehr in irgend erheblicher Weise beschränken. Für den größten Theil aller Zahlungen, die über 15 Fl. betragen, wird gegenwärtig wohl schon von den meisten Empfängern Quittung geleistet, und es kann daraus sicher kein Nachtheil erwachsen, daß man nunmehr das, was längst schon im Verkehr besteht, als allgemeine gesetzliche Pflicht festsetzen will. Die Steuer ist gering, keiner Steigerung unterworfen, und nur von demjenigen zu zahlen, welcher positiv etwas empfängt: ein Umstand, der sehr geeignet ist, das Drückende, welches jede neue Steuer mit sich bringt, verschwinden zu lassen. Die Kosten der Einziehung der Steuer werden höchst gering sein, da die Verkäufer der Steuermarken sich mit einem unbedeutenden Prozentsatze begnügen werden. Der Ertrag der Steuer muß sehr bedeutend werden und ist in dem Projekt mit 10 Millionen Fl. wohl entschieden zu niedrig angenommen. Eine auf diese neue Steuer zu gründende Anleihe wird sich unseres Erachtens des besten Erfolges zu erfreuen haben. Der Staat würde zunächst den Vortheil haben, daß er nicht abermals Staatseigenthum zu verpfänden hat, sondern etwas noch nicht Besessenes, nämlich eine neue Steuerrevenue. Sodann würde der Staat nicht wieder, wie bei der letzten Anleihe, eine Kapitalseinbuße von 12 Proz. durch die Ausgabe unter pari erleiden, da vielmehr von dem jährlichen Ertrage der Steuer ein Achtel bis zur völligen Deckung der etwa erwachsenden Kapitalseinbuße verwendet werden soll, so daß es dem Staat ziemlich gleich sein kann, ob die Emission zu 90 oder 95 erfolgt. Die Amortisation der Schuld soll alljährlich mit 2½ Mill. Fl. geschehen und zwar durch die Gesellschaft selbst, so daß es also keinem Bedenken unterliegen dürfte, daß die ganze Summe von 100,000,000 Fl. binnen 40 Jahren bestimmt amortisirt ist. An Zinsen werden 5 Proz. garantirt und die Zahlung derselben ist ebenfalls dadurch gesichert, daß die Gesellschaft die Stempel selbst verkauft, also die Mittel zur Zahlung der Zinsen in eigener Gewahrsam hat. Außerdem wird eine Super-

dividende von 1¼ Proz. zugesichert, welche sich nach Tilgung des Kapitalsverlustes noch um ⅝ Proz. erhöhen muß. Nach alle diesem dürfte auch die Kapitalsanlage für die Zeichner vortheilhaft sein, und darauf gründet sich die Hoffnung, daß die Betheiligung an der Zeichnung eine recht umfassende sein wird, namentlich auch Seitens auswärtiger Kapitalisten, denen der gegenwärtige schlechte Stand der östreichischen Valuta zu Statten kömmt." (Schl. Z.)

— [Verwarnung.] Der in Lemberg erscheinende „Prz. Powsz." bringt an der Spitze des Blattes Folgendes: „Das k. k. Statthaltereipräsidium hat mittelst Erlaß vom 30. Januar l. J. der Redaktion des „Prz. Powsz." die zweite schriftliche Verwarnung zu ertheilen befunden, und zwar aus folgenden Gründen: Der „Prz. Powsz." verfolgt hartnäckig die verbotene Tendenz, welche in der Verwarnung vom 5. Dezember 1860 bezeichnet war. Diese Zeitschrift behandelt nämlich die italienische Frage in einer Weise, die mit den unveränderlichen Prinzipien der Einheit und Gänze der Monarchie unvereinbar ist; sie stellt die illegalen Schritte der Ungarn als nachahmungswürdige Beispiele vor, zeigt in den Provinznachrichten eine separatistische Tendenz und bedroht die öffentliche Ruhe und Ordnung durch Mißachtung der behördlichen Anordnungen. Es wird also nach § 22 des Preßgesetzes der Redaktion des „Prz. Powsz." die zweite Verwarnung ertheilt."

Pesth, 2. Febr. [Kundgebungen der Komitate &c.] Die Adresse des Ugocsaer Komitats weicht wesentlich von allen bisher bekannt gewordenen Antworten auf das königliche Reskript vom 16. v. M. ab. Dieselbe lautet wörtlich: „Ew. Exzellenz! Herr Hofkanzler! Indem wir das vom 19. d. M. datirte, an unsern Obergespan gerichtete Schreiben nur als ein neues Zeugniß der glühenden Vaterlandsliebe Ew. Exzellenz erblicken, können wir nicht umhin, unter den gespannten öffentlichen Verhältnissen und in der allgemeinen, hier und da in Uebertreibungen sich äußernden Gereiztheit der öffentlichen Stimmung mit der dem Ernste der Zeit geziemenden Offenheit zu erklären, daß wir, so wie wir bisher in der Wendung der vaterländischen Angelegenheiten zum Bessern Ew. Exzellenz viel zu verdanken haben, auch für die Zukunft beruhigt sind, so lange wir unter den Ausnahmsverhältnissen Ew. Exz. an der Seite des Monarchen sehen. Damit das erschütterte Vertrauen wiederkehren und die bedauerlicher Weise erbitterte öffentliche Stimmung wieder friedfertigen Gefühlen Platz mache, ist es nothwendig, daß die vielen und zahlreichen Wunden der Nation geheilt und die Verfassung vollkommen wieder hergestellt werde. Und da die innigste Ueberzeugung der Nation, das einzige Heilmittel unserer Uebelstände sei der Landtag, mit dem im allerhöchsten Reskript vom 16. Januar geäußerten Wunsche Sr. Majestät zusammentrifft, so müssen wir Ew. Exz. mit patriotischem Vertrauen bitten, bei Sr. Majestät dahin wirken zu wollen, daß das hier und da vorgekommene Ueberschäumen der nationalen Gefühle als ein gewichtiger Grund, nicht zur Verschiebung des Landtages, sondern im Gegentheil zu dessen früherer Abhaltung erachtet werden möge." — Das Wieselburger Komitat beabsichtigt eine gleiche Vertrauensadresse wie das Ugocsaer an den Hofkanzler als Beantwortung des königlichen Reskripts zu richten. — Das Vesprimer Komitat erklärt in seiner Adresse, daß es nicht eidbrüchig sein will, indem es den Gesetzen von 1848 treu bleibt und drückt sein grenzenloses, unerschütterliches Vertrauen in die väterliche Gnade Sr. Majestät aus, welche das Komitat zur Hoffnung berechtigt, daß die Anordnung des allerh. Reskripts vom 16. v. M., als mit der Verfassung nicht vereinbar, zurückgenommen werde. — Die Mitglieder der Veröczer helv. Kirche haben den um die Sache des Protestantismus verdienten Ludwig Kossuth zum Ehrenkurator erwählt. — Die heutige Nummer des Witzblattes „Bolond Miska" ist mit Beschlag belegt worden.

Württemberg. Stuttgart, 4. Febr. [Oberst v. Koseritz †.] Der älteste Veteran des württembergischen Armeekorps ist in dem Obersten v. Koseritz gestorben, welcher ein Alter von 91 Jahren erreicht hat. Derselbe trat im Jahre 1808 als Hauptmann in württembergische Militärdienste, und war zuvor seit 1783 in preußischen Diensten, in welchen er die Feldzüge von 1792—1795 und 1806—1807 mitmachte.

Baden. Karlsruhe, 5. Febr. [Politische Unbescholtenheit.] Das großherzogliche Ministerium des Innern hat vor einiger Zeit Weisung an die großherzoglichen Kreisregierungen erlassen, vermöge deren die bisher in Uebung gewesenen Bestätigungsversagungen von erwählten Bürgermeistern wegen politischer Ursachen aus den Bewegungsjahren, nicht mehr Platz greifen sollen.

Nassau. Rüdesheim, 4. Febr. [Politische Versammlung.] Die in der Eltviller Versammlung angekündigte Zusammenkunft nassauischer Männer zu Rüdesheim hat heute stattgefunden. Mehr als 150 nassauische Männer, zum größten Theil aus Wiesbaden, dem Rhein- und Lahngau, hatten sich dazu eingefunden. Als willkommene Gäste waren auch mehrere Rheinhessen und Rheinbayern zugegen, obschon die Tagesordnung nur inländische Angelegenheiten betraf. Nach lebhaftester Debatte wurde nämlich mit Stimmeneinhelligkeit der versammelten nassauischen Männer folgende Erklärung beschlossen: Die Versammlung hält es für eine Pflicht der Landesvertretung, dahin zu wirken: 1) daß die von dem Bundestag mit Ueberschreitung seiner Kompetenz unter dem 23. März 1851 und 6. und 13. Juli 1854 erlassenen Beschlüsse wegen Aufhebung der Grundrechte, gegen die Presse und gegen das Vereinsrecht, sowie die daraufhin erlassenen Verordnungen für das Herzogthum Nassau außer Wirksamkeit gesetzt werden; 2) daß der Unsicherheit unseres öffentlichen Rechts ein Ziel gesetzt werde durch die Herstellung eines geordneten verfassungsmäßigen Zustandes." Den ersten Theil desselben begründete Dr. Lang aus Wiesbaden, den zweiten Freiherr v. Eck, seit langen Jahren ein bewährter Vorkämpfer der liberalen Partei unserer Landlage. Die ganze Versammlung bestand vorzugsweise aus Mitgliedern und Freunden des Nationalvereins, dessen Parteirichtung, wie sie schon in den übrigen Landestheilen die vorwiegende ist, so auch im Rheingau immer lebhaftere Anerkennung findet. (F. J.)

Großbritannien und Irland.

London, 4. Februar. [Preßstimmen über die holsteinsche Frage.] Das toryistische Wochenblatt „The Preß" bedauert, daß Deutschland die holsteinsche Frage zu einer Zeit wieder aufnehme, wo Europa durch andere Schwierigkeiten zerrüttet sei. „Aber", sagt die Preß, „wir müssen seine Argumente und den epidemischen Anstoß, der es dazu treibt, in Billigkeit erwägen. Diejenigen, die für das Streben der Ungarn nach Autonomie eine Theilnahme empfinden, können den gemäßigteren und legaleren Forderungen der Deutschen in Dänemark ihre Bewilligung nicht vorenthalten." Auch die „Saturday Review" bringt einen in wohlwollendem Tone gehaltenen Artikel über Preußen, welcher u. A. auch die deutsch-dänischen Wirren leidenschaftslos und mit einem bei Engländern nicht eben häufigen Grade von Unparteilichkeit bespricht.

Frankreich.

Paris, 4. Febr. [Eröffnung der Kammern.] Heute um 1 Uhr fand die Eröffnung der Kammern statt. Die Kaiserin, der ganze Hof, das diplomatische Korps und viele andere hochgestellte Persönlichkeiten wohnten dieser Feierlichkeit an. In dem Gefolge der Kaiserin befanden sich die Prinzessinnen Clotilde und Mathilde und die übrigen Prinzessinnen der kaiserlichen Familie. Um 1¼ Uhr erschien der Kaiser. Die Rede, der man mit größter Spannung entgegengesehen hatte, erregte große Sensation. Was besonders in derselben auffiel, war die scharfe Betonung des Nichtinterventionsprinzips, das jedes Land zum Herrn für sich mache. Bemerkt wurde noch die kurze Sprache betreffs Syriens und Roms, das vollständige Uebergehen aller Großmächte und die Stelle, wo gesagt ward, daß Frankreich sich weder in einen ihm nicht anstehenden Kampf hineinziehen, noch sich durch Drohungen provoziren lasse. Der Eindruck, den die Rede in Paris hervorbrachte, ist ein sehr verschiedener. Die Einen halten sie für äußerst friedlich, die Anderen sehen in der Warnung, sich keinen préoccupations exagérées zu überlassen, eine gewisse Bestätigung ihrer Befürchtungen für die Zukunft, und wieder Andere meinen, die Rede lasse die Lage der Dinge eben so unklar, wie vorher. Von den halbamtlichen Blättern spricht sich nur die „Patrie" über dieselbe aus. Sie meint, „die Worte, die der Kaiser so fest und ruhig ausgesprochen, seien die Rede des Thrones und die Stimme Frankreichs". Die Rede des Kaisers wurde heute Nachmittags bereits um 3 Uhr auf allen Straßen verkauft. (Wir haben sie bereits in Nr. 30 ihrem ganzen Wortlaute nach in einer telegraphischen Depesche mitgetheilt. D. Red.) Seit langer Zeit riß man sich nicht so um die Journale. Jeder wollte Aufschluß haben über die Lage der Dinge. Die Rente schloß zu 68, ungefähr derselbe Kurs, wie bei derselben Gelegenheit im Jahre 1859.

— [Tagesnotizen.] Durch Dekret vom 30. Januar ist der Abbé Baudry, Professor der Dogmatik am St. Sulpiceseminar zu Paris, zum Bischof von Perigueux ernannt. Abbé Lecourtier, Erzpriester von Notredame und einer der gewöhnlichen Prediger in den Tuilerien, wird, wie es heißt, zum Erzbischofe von Auch an die Stelle des eben verstorbenen Monseigneur de Salinis ernannt werden. — Man wird demnächst Versuche mit Zuaven zu Pferde anstellen, vorläufig nur mit einer Kompagnie. Wenn die Sache sich aber bewährt, so sollen mehrere derartig kostumirte Kavallerie-Regimenter gebildet werden. — Herr v. Quelen, Ordonnanzoffizier des Kaisers, ist, wie es heißt von seiner Mission nach Rom mit einem abermaligen „Non possumus" des Papstes zurückgekommen. — Gestern besichtigte der Kaiser das kürzlich in Vincennes angekaufte Terrain, welches zu einer großartigen Erweiterung des dort befindlichen Artillerieparks bestimmt ist. Er machte auch einen Besuch in dem Vincenner Walde, um sich von dem Stande der daselbst unternommenen Verschönerungsarbeiten zu überzeugen.

— [Geschäftsordnung der gesetzgebenden Versammlung.] Der „Moniteur" publizirt heute das vom Kaiser sanktionirte Senatuskonsult über die Veröffentlichung der Parlamentsberichte und ein kaiserliches Dekret vom gestrigen Tage, welches die neue Geschäftsordnung der gesetzgebenden Staatskörper festsetzt (s. Tel. in Nr. 30) und zugleich die alte, unterm 31. Dez. 1852 dekretirte aufhebt. Die ersten fünf Artikel betreffen den die Gesetzentwürfe vorbereitenden Staatsrath, Art. 6—46 den Senat, Art. 47—102 den gesetzgebenden Körper und ein Schlußartikel die Militärwache, welche der Kriegsminister während der Session den Gesetzgebern zur Disposition stellt. Die Bestimmungen über die Adreßdebatte sind für Senat (Art. 43) und Legislative (Art. 90) fast ganz gleichlautend: Der Entwurf der die Rede des Kaisers beantwortenden Adresse wird von einer Kommission redigirt, welche aus dem Präsidenten und je einem von jedem Bureau der Versammlung ernannten Mitgliede besteht. Er wird in der allgemeinen Sitzung des Senates (im Komité der Legislative) verlesen, gedruckt und vertheilt. Die Diskussion findet in der Plenarversammlung (öffentlichen Sitzung) statt. Die Amendements werden schriftlich dem Präsidenten eingereicht und den Regierungskommissarien mitgetheilt. Kein Amendement wird verlesen und zur Diskussion gestellt, wenn es nicht von fünf Mitgliedern unterzeichnet ist. Die Verweisung an die Kommission ist immer gerechtfertigt, wenn die Regierungskommissarien oder die Kommission es verlangen. Zuerst wird über den Adreßentwurf paragraphenweise, dann im Ganzen abgestimmt. Die Abstimmung findet nach den besonderen Bestimmungen dieses Dekretes statt. Die Adresse wird dem Kaiser durch eine Deputation von zwanzig in öffentlicher Sitzung durchs Loos bestimmten Mitgliedern überreicht. Präsident und Bureau sind immer dabei. Der Präsident führt das Wort. Ueber die Abstimmung verfügt diese Geschäftsordnung Folgendes: Die Abstimmung im Senat ist laut Artikel 12 „nicht geheim"; absolute Majorität entscheidet, doch muß mehr als ein Drittel aller Mitglieder daran Theil genommen haben. In der Legislative wird über die Paragraphen durch Aufstehen und Sitzenbleiben, über das Ganze laut Art. 67 durch öffentliches Skrutinium abgestimmt; absolute Majorität entscheidet, doch muß mehr als die Hälfte aller Mitglieder anwesend sein. Nach Art. 84 stehen die Redaktion der Sitzungsprotokolle, die ausführliche Wiedergabe der Debatten und die durch das Senatuskonsult vom 2. Februar d. J. vorgeschriebenen kurzen Berichte unter der Leitung des Präsidenten und sind besonderen, von ihm dazu ernannten und auch wieder absetzbaren Redakteuren überwiesen. Die kurzen Berichte geben, laut Art. 87, die Namen der Redner und „ein Resumé ihrer Meinungs-Aeußerungen". Eine besondere Verfügung des Präsidenten bestimmt, wie die Sitzungsberichte den Zeitungen zur Verfügung gestellt werden sollen.

— [Die czechische Bewegung.] Im „Journal des Débats" rechtfertigt ein Herr Fricz die czechische Bewegung sehr eindringlich gegen die in diesem Blatte erhobenen Bedenken, indem er bis Ottokar und weiter zurückgeht, um die Macht und Bedeutung seiner Nation ins rechte Licht zu setzen. Herr Fricz schließt mit der folgenden, für Frankreich schmeichelhaften Bemerkung: „Sie können versichert sein, daß, wenn man Ihrer Nation irgend ein Suprematierecht über die meinige einräumte, meine Landsleute sich weit besser hineinfinden würden, als in die harte und heuchlerische Herrschaft der Staatsmänner Deutschlands." Die „Débats" fügen den sehr kühnen geschichtlichen Aufstellungen und sehr exzentrischen Zukunftsträumen des Herrn Fricz eine herbe Kritik bei: jeder Satz enthalte eine Begriffsverwirrung oder eine völlig willkürliche Beurtheilung der Menschen und Dinge.

Paris, 6. Februar. [Telegr.] Der heutige „Moniteur" theilt mit, daß in der gestern stattgehabten Sitzung der Legislativen ein Exposé der Lage des Kaiserreichs und die wichtigsten diplomatischen Dokumente aus dem Jahre 1860 niedergelegt worden seien.

Niederlande.

— [Die Ueberschwemmung in Holland.] Ueber den Deichbruch bei Leuwen wird der „K. Z." berichtet: Das Wasser strömte bei dem Bruche mit einer so furchtbaren Gewalt nach innen, daß fünf Schiffe, darunter ein mit Heu beladenes, aus dem Flusse mit durch die Oeffnung hindurch gerissen wurden. Ein früherer Deichbruch inundirte, wie bekannt, den Bommelerwaard von Woudrichem bis zum Fort St. Andries bis Nymwegen, so daß der ganze, unter dem Namen Land von Maas und Waal bekannte fruchtbare Strich inundirt worden ist. Unsere neueste telegraphische Depesche aus Arnheim von gestern Abends lautet: Das Fluthwasser in dem inundirten Lande zwischen Maas und Waal ist noch steigend, wodurch das Unglück immer mehr vergrößert wird. Der Rhein ist bei Arnheim eisfrei und das Wasser fällt, niederwärts aber steigt es. Das Waaleis steht unterhalb Tiel noch fest. Die Wasseraufstauungen bedrohen jetzt auch die Landstriche zwischen der Waal und dem Rheine. Der König und die Prinzen suchen sich allerwärts mit eigenen Augen über die Lage der Unglücklichen zu unterrichten und leisten, trotz der ihnen drohenden Gefahren, viel Hülfe.

Belgien.

Brüssel, 3. Febr. [Kammerverhandlungen.] Die vorgestrige Sitzung der Kammer war eine sehr interessante, indem es darin zu politischen Debatten kam. Unter den eingegangenen Petitionen befand sich zuerst eine, welche die Aufmerksamkeit der Kammer auf die Nothwendigkeit hinwies, die Gesetzgebung in Betreff der Verwaltung der Güter der Kirchen zu modifiziren, wobei hervorgehoben wurde, daß die Geistlichen sich des Geldes der Kirchen bedienten, um damit Wahlbestechungen zu machen. Auf der Rechten erhob sich natürlich ein Sturm und sie beantragte den Uebergang zur Tagesordnung, während von der Linken die Zuweisung der betreffenden Petition an den Justizminister verlangt wurde. Herr Dumortier sagte, man wolle die Freiheit der Kulten unterdrücken; die Liberalen wollten die Angelegenheiten des katholischen Kultus regeln, was absurd und die schlimmste aller Tyranneien sein würde. Die vorgeschlagene Maaßregel sei revolutionär, man wolle Vortheil von einer Majorität ziehen, die keine Theilnahme für die religiösen Ideen und für den Klerus habe. Von der Linken rief man, daß das eine Beleidigung sei und der Präsident bemerkte Hrn. Dumortier, daß er die Intentionen seiner Kollegen nicht verdächtigen dürfe. Es betheiligten sich noch mehrere Redner an der Debatte, die damit endigte, daß die Petition mit 48 gegen 36 Stimmen dem Justizminister zugewiesen wurde. Eine andere Petition verlangte eine allgemeine Amnestie zu Gunsten derjenigen Belgier, die in Italien für die Sache des Papstes gekämpft haben, indem dieselben dadurch ihre bürgerlichen Rechte in Belgien verloren haben. Von der Rechten wurde die Zuweisung dieser Petition an die Minister der Justiz und des Auswärtigen beantragt, von Hrn. Orts dagegen der Uebergang zur Tagesordnung. Es entspann sich nun eine lange Debatte, die sowohl von der Rechten, als von der Linken mit Heftigkeit geführt wurde, und wobei Hr. Guillery die päpstliche Regierung als die abscheulichste von allen Regierungen schilderte, während die Sache Italiens die edelste der Welt sei. Der Minister des Innern drückte sich zuletzt versöhnend aus, indem er meinte, die Regierung könne jenen Belgiern die Rückkehr in ihr Land gewähren und in der Kammer ihre Naturalisation begehren. Der Uebergang zur Tagesordnung wurde jedoch mit 12 Stimmen Majorität angenommen. — Die Kammer hat in erster Abstimmung das neue Unterrichtsgesetz mit einigen, eben so durchgreifenden wie heilsamen Aenderungen genehmigt. Die Eselsbrücken, alias Zertifikate, welche für Absolvirung gewisser Materien nach dem DeDecker'schen Gesetze genügten, sind abgeschafft worden, und hat der Professorenkörper der hiesigen Universität sich sofort an die Kammer gewandt, um die Aufrechterhaltung dieser nützlichen Reform in der (auf kommenden Dienstag angesetzten) zweiten Abstimmung zu erbitten. Das Hauptverdienst für Erringung dieses Sieges echter Wissenschaftlichkeit gebührt dem Abgeordneten für Brüssel, van Humbeck.

Schweiz.

Bern, 1. Februar. [Die Neutralität der Schweiz; Turte's Rückkehr nach Turin.] Der General Dufour hat vor Kurzem in Genf vor dem dortigen Offizierverein einen interessanten Vortrag über die Neutralität der Schweiz gehalten. Es ist zwar über diesen Gegenstand schon viel gesprochen und geschrieben worden, die Ansichten eines Mannes wie Dufour sind aber immerhin erwähnungswerth. Der ehrenwerthe General ist ein Vertreter der schweizerischen Neutralität nach allen Seiten hin. Ihre Vertheidigung sei Pflicht der Selbsterhaltung, welche die Schweiz ohne Ueberschätzung ihrer Kräfte erfüllen könne, sobald sie nur ernstlich wolle. Nur müsse sie sich auf sich selbst verlassen und keine fremde Hülfe annehmen. „Nach dem Fremden, der uns angreift", warnt der greise General, „ist uns nichts gefährlicher, als der Fremde, der uns schützt." — Turte's schnelle Rückreise nach Turin ist jetzt erklärt. Sie hängt mit einer von Sardinien neuerdings erhobenen Reklamation zusammen, welche die von der Schweiz angekauften östreichischen Dampfer auf dem Lago maggiore betrifft. (M. Z.)

— [Frankreichs Rheingelüste.] Das Tollste, was französische Bramarbasirerei hat vom Stapel laufen lassen, ist wohl die Broschüre des Herzogs von Rovigo, in der ganz ungescheut gesagt wird, Frankreich müsse den Rhein haben. Von Schwierigkeiten könne nicht die Rede sein, „denn welchen Widerstand kann Deutschland der Invasion eines Volkes entgegensetzen, dessen Vaterland die Welt ist, und welche dieses Vaterland auch für sich erobern wird, da jede Nation, welche nicht erkennt, daß Frankreich

diese Eroberung kraft des Prinzips der Volkssouveränetät durchführe, unfehlbar untergehen muß" — dies fast wörtlich der Wortlaut einer Stelle jener Broschüre. An einem Casus belli zum Kriege mit Deutschland, meint der Herr Herzog, wird es nicht fehlen. Wenn man in Frankreich so sehr von der Nothwendigkeit überzeugt ist, daß man den Rhein und nebenbei auch noch die übrige ganze Welt besitzen muß, so theilen wir diese Meinung vollständig. Doch Spaß bei Seite, Absichten auf den Rhein hegt Frankreich wirklich. Hierüber möge man sich nicht täuschen. In offiziösen und offiziellen Pariser Kreisen wird dies auch bereits zugestanden. Ja, ein Freund von mir hörte schon im vorigen Jahre aus dem Munde des interimistischen Geschäftsträgers Frankreichs bei der Eidgenossenschaft, aus dem Munde des Herrn Tillos, der jetzt in den Donaufürstenthümern Propaganda macht: „Wir wollen und müssen mit Deutschland unsern Krieg haben und Schleswig-Holstein wird der Casus belli sein". Ich kann Ihnen diese Aeußerung als eben so vollständig authentisch verbürgen, wie jüngst den Toast der kaiserlichen Gardeoffiziere auf den Krieg gegen Deutschland und England. (Schl. Z.)

— [Bergsturz.] Das „Toggenb. Wochenblatt" meldet aus Wallenstadt (Kanton St. Gallen): „Am 1. Januar stürzte hier die sogenannte Schottenbachlaue zweimal nach einander mit furchtbarem Gekrache circa 1000 Fuß vom Felsen ins Thal herunter, den Staub hoch in den Lüften hertreibend bis nahe ans Städtchen. Der langanhaltende Donner und das imposante Staubgewölke hatten im Städtchen bei Furchtsamen bereits Besorgnisse erregt. Eben so furchtbar und schön war das lange anhaltende Wogen der immensen Masse des Schnee's und Grundes, die sich lawinenartig viele Minuten weit vom Fuße der Felsen bis in die Nähe des Wallenstadtberger Sträßchens herabwälzte. Seit vielen Jahren eine der großartigsten Erscheinungen dieser Art."

Italien.

Turin, 1. Febr. [Italien und Deutschland.] Die heutige „Opinione" schreibt in Entgegnung der „Preußischen Zeitung" vom 25. v. Mts.: Wenn, um Verona zu nehmen, wir ein äußerstes Stück der deutschen Konföderation berühren müßten, so kann dies als kein Angriff auf Deutschland angesehen werden. (?) Die feindlichen Manifestationen der deutschen Presse, unterstützt von einigen deutschen Regierungen, müssen Italien beunruhigen. Man möge die Beziehungen Italiens zu Frankreich, und die nothwendige Vereinigung mit Venetien im Auge behalten, um zu erkennen, daß die von uns bezeichnete Gefahr keine Drohung, sondern eine entfernte Eventualität ist, welche nur durch die Haltung Deutschlands zur Wahrheit werden könnte. Deutschland möge die Traditionen des heiligen römischen Reiches verlassen, und überzeugt sein, daß die einzige (?) Bedingung des europäischen Friedens die Befreiung Venetiens ist." (So das anerkannte Organ des Grafen Cavour. Und dagegen soll General Lamarmora in Berlin die wiederholte Versicherung gegeben haben, Sardinien denke nicht daran, Venetien anzugreifen. Glaubt Cavour wirklich, Oestreich werde freiwillig auf Venetien Verzicht leisten? D. Red.)

Genua, 3. Febr. [Kriegsgefangene.] Gestern trafen hier 850 neapolitanische Kriegsgefangene der Fremdenbataillone ein, die einem vom General Sonnaz gefangenen fliegenden Korps angehört haben sollen. Das Volk insultirte dieselben.

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Aus Rom, 29. Januar, wird der „N. Z." geschrieben: Das Kriegsministerium publizirt über die Affaire von Correse die Depesche des Oberstlieutenants Becdelièvre. Danach ist die Gefangennahme der 50 Mann piemontesischer Mobilgarde in einer Schenke bei Monterotondo, auf römischem Gebiete erfolgt. Einer ist gefallen, fünf sind verwundet worden. Der dortige Kommandant hat sich auf Monterotondo zurückgezogen, und nur ein Detachement mit zwei Kanonen an der Straße von Terni stehen lassen. Weitere Meldungen haben wir nicht, außer daß die Piemontesen zur Revanche den Bischof von Poggio Mirteto in der Sabina nebst mehreren Priestern arretirt und als Geißeln nach Rieti abgeführt haben. Die 50 Gefangenen befinden sich hier; es sind toscanische Mobilgarden, aber auch einige römische Ueberläufer darunter, welche letztere hier standrechtlich füsilirt werden sollen; so geht wenigstens die Sage. Gestern in der Frühe marschirten eilig aus Rom ab die päpstliche Reiterei, 100 Zuaven und 6 Kanonen, den Posten von Monterotondo zu verstärken. — Während die Piemontesen aus der Sabina in die römische Comarca dringen, streifen sie im Süden schon in das Thal des Sacco hinein. Aus Frosinone wird berichtet, daß man Kanonendonner in der Gegend von Monte Giovanni höre. Dort sind Truppen des Generals Sonnaz eingedrungen; nach dem Ueberfall von Casamari sind sie auf Castell Bauco marschirt, wo sich römische Sanfedisten sammeln. Das Nähere wissen wir noch nicht. Einer der Führer der Insurrektion in den Abruzzen, Giorgi von Avezzano, befindet sich gegenwärtig hier; er wurde gestern auf dem Korso erkannt, und augenblicklich von dem Volke durch Zischen verhöhnt, bis er sich in eine Seitengasse zurückzog. — Der Fanatismus steigt auf beiden Seiten; der kleine Bürgerkrieg wird blutiger und dürfte leicht den fürchterlichen Charakter josephinischer und muratistischer Zeit annehmen. Zwar ist die Reaktion in Ascoli, Tagliacozzo und Aquila für jetzt erstickt, aber diese Hyder wird dort oder anderswo neue Kräfte gewinnen, weil die für den Banditen- oder Guerillakrieg geschaffene Natur der Abruzzen und der Capitanata keine Operation in Waffen zuläßt. Das Volk befindet sich dort auf derselben Stufe der Kultur, wie im Jahre 1799, denn noch heutigen Tags leben die Felsenorte jener Provinzen in der völligsten Abgeschiedenheit, in Formen des Mittelalters, unbekannt selbst mit dem, was in Neapel geschieht, und erfüllt mit einem schönen und robusten Menschengeschlecht von patriarchalischem Charakter. Sie wissen und sie glauben nur, was die Priester ihnen sagen. Der Fall von Gaëta würde diese Reaktion lähmen, und Piemont kann froh sein, daß die Natur jener Provinzen auch ihr nicht erlaubt, sich nach einem allgemeinen System zu organisiren und in Masse zu wirken.

Eine Depesche aus Rom vom 2. Februar meldet aus Gaëta vom 1. Februar: „Ein spanischer Dampfer, welcher mit Depeschen in Gaëta einlaufen wollte, so wie 4 päpstliche mit Lebensmitteln beladene Barken wurden von den Piemontesen genommen. Von der Landseite werden Vorbereitungen zum Sturme gemacht."

Eine Depesche der „Patrie" aus Turin vom 3. Februar versichert, daß die sardinische Regierung ihrer Flotte vorgeschrieben habe, sich vor Gaëta auf Blokirung des Hafens zu beschränken. Die italienische Flotte sei für die Zukunft von zu großem Werthe und Nutzen, als daß man sie in einem zwecklosen Unternehmen bloßstellen sollte. Dieselbe Depesche meldet, daß die piemontesischen Truppen eine große Energie in den Abruzzen entwickelten, daß aber dennoch die Insurrektion noch nicht ganz bewältigt sei, da zahlreiche Banden von Parteigängern noch immer die Berge besetzt haben.

Eine Depesche des Generals della Rocca, die am 3. Februar Abends in Turin eingetroffen ist, sagt: „Auf der ganzen Abruzzengrenze zeigt sich wieder Ruhe und Vertrauen. Die Stadt Sora hat dem General Sonnaz eine Adresse überreicht und ihm ihren Dank dafür ausgesprochen, daß er sie von den royalistischen Scharen befreit hat. Die Bauern nöthigen diese zerstreuten und demoralisirten Scharen, sich zu unterwerfen."

Die Turiner „Opinione" vom 3. Februar berichtet: Die Generale Pinelli und Bersegheri und der Oberstlieutenant Pallavicini sind am 28. v. M. von Ascoli abmarschirt, zerstreuten die zahlreichen Banden Reaktionärer, welche sich im Hochthale Tronto stark verschanzten und eine Kompagnie des 39. Regiments bei Aquasanta umringt hielten. Der Feind ließ 150 Todte auf dem Platze. Der Verlust der Piemontesen ist gering. Obige Kolonne vereinigte sich in Arquata mit der Kolonne des 39. Regiments, welche von Ancona über Lamandola dorthin marschirt. Die Brigade Raventa ist ebenfalls von Spoleto aus auf dem Marsche in jene Berge und man hofft von diesem Zusammenwirken die gänzliche Unterdrückung der Reaktionsbanden.

In Neapel hat sich das Vertrauen zu dem neuen Luogotenente und seinen neukreirten Räthen keineswegs gemehrt, wie eine mit vielen Unterschriften versehene Adresse an den Prinzen von Carignan bekundet. Es heißt in derselben, der „Allg. Ztg." zufolge:

„An Se. Königliche Hoheit den Prinzen Carignan, Luogotenente des Königs! In der großen und schweren Bewegung, in welcher die Ankunft Ew. Königlichen Hoheit das Land gefunden hat, war dieser mit der Hoffnung entgegengesehen, daß das neue Gouvernement das Land von den Uebeln der früheren Administration heilen solle. Aber dieses Vertrauen, wir müssen es mit Schmerz bekennen, ist erschüttert. Unter den zum Regieren berufenen Männern sind einige, welche dem alten System anhängen und an Thaten und Prinzipien erinnern, die der Vereinigung der Gemüther hinderlich sind, deren wir unter den jetzigen Verhältnissen so sehr bedürfen. Daher bitten die Unterzeichneten, daß Ew. Königliche Hoheit dem Lande das Vertrauen wiedergeben, indem sie die Männer entfernen, welche mit der öffentlichen Meinung unverträglich sind, und das Gouvernement aus gleichartigen Elementen zusammensetzen, frei von dem Vorausgehenden und den Verbindlichkeiten, welche das Vorgehen in unserem nationalen Streben hemmen!"

Laut Berichten, die über Turin in Paris am 5. d. eingetroffen sind, war in Neapel eine reaktionäre Verschwörung entdeckt worden. In Folge davon hatte man Verhaftungen vorgenommen und die Ruhe war wieder hergestellt.

Eine Depesche aus Palermo, welche ebenfalls am 3. Febr. Abends in Turin eingetroffen ist, meldet, daß die Statthaltereiräthe, welche zu Deputirten gewählt worden sind, als Statthaltereiräthe ihre Entlassung eingereicht haben. Michael Amari ist zum Präsidenten des neuen Statthaltereirathes ernannt worden. Marchese Torrearsa behält das Finanzministerium bis zur Ernennung seines Nachfolgers.

Rußland und Polen.

— [Russische Denkschrift über die orientalische Frage.] Das Petersburger Kabinet hat in Veranlassung der Erörterungen zwischen den Großmächten wegen der Räumung Syriens durch die französischen Truppen den betreffenden Höfen eine Denkschrift überreichen lassen, in welcher die Nothwendigkeit einer Regelung der Zustände der christlichen Bevölkerung in den türkischen Provinzen durch eine europäische Konferenz, zu welcher die Pforte auch ihren Vertreter zu senden hätte, durch Anführung ganz bestimmter Thatsachen und Beweise der traurigen Lage der christlichen Bevölkerung nachgewiesen ist. Die Reisen des Großveziers durch einige Provinzen des Reichs haben sich als völlig ungenügend erwiesen zur Beseitigung der Uebelstände, welche zu einem Aufstande der christlichen Bevölkerung schließlich führen müssen. Da die Ansicht der englischen Regierung von der Zweckmäßigkeit des türkischen Regiments, sowie von der Ueberflüssigkeit eines längeren Aufenthalts der Franzosen in Syrien ganz isolirt dasteht, so ist nicht zu leugnen, daß der Fürst Gortschakoff einen moralischen Sieg über Lord Russell davongetragen hat. Dieser hegt die Besorgniß, es möchte sich aus dem längeren Verbleiben der Franzosen in Syrien eine russisch-französische Allianz zur Lösung der orientalischen Frage entwickeln.

Dänemark.

Kopenhagen, 1. Februar. [Die „Berlingsche Zeitung" über die Kriegsfrage.] Auch die gouvernementale „Berlingske Tidende" spricht sich (s. Telegr. in Nr. 28) über die Fragen wegen Exekution, Krieg und Frieden aus. Der Artikel (der offenbar im Auftrage der Regierung geschrieben ist) macht indessen, gerade weil er durchaus imponiren möchte, einen kläglichen Eindruck. Man hat sich in Dänemark nun einmal durch die larmoyanten Artikel einiger deutschen Blätter die Meinung gebildet, daß Deutschland gegenwärtig nicht bloß zerrissener als je, sondern auch entmuthigt und namentlich durch die blasse Furcht vor dem Gespenste der Blokade förmlich bis zur Feigheit gesunken sei. Nun ist zwar Dänemark seinerseits schon seit längerer Zeit, und namentlich gegenwärtig, just nichts weniger als kriegsmuthig; im Gegentheil, das Land sehnt sich nach Ruhe und Frieden, denn es weiß sehr wohl, daß der Krieg die noch immer weit zurückgebliebene Entwickelung seiner wirthschaftlichen Verhältnisse, die Herstellung von Eisenbahnen u. s. w., so wie die nur durch die systematische Ausbeutung der Herzogthümer vor dem gänzlichen Bankerott zu rettenden Finanzen des stark erschöpften Staats, auf längere Zeit hinaus aufs Schwerste treffen und selbst bei dem günstigsten Ausgange ihm auch nicht den geringsten Erwerb oder Gewinn bringen könnte. Aber da, wie man sich einbildet, Deutschland gegenwärtig nur noch für Gefühle der blassen Furcht Raum hat, so kann es ja für Dänemark gar keine bessere Gelegenheit zur billigen Befriedigung seiner nationalen Eitelkeit geben, als sich just in diesem Augenblicke recht wild und kriegerisch anzustellen, um Deutschland einzuschüchtern und zu einem Aufgeben seiner bisher festgehaltenen Forderungen zu nöthigen, oder doch zum mindesten das Terrain für die zur „Vermittelung" gern bereiten Großmächte recht empfänglich zu machen. Das ist der Sinn und Schlüssel des ganzen Artikels der „Berl. Tid.", der dadurch, daß er halb für die Dänen und halb für das Ausland geschrieben ist, eine so komische Doppelfarbe bekommen hat. Denn während die eine Hälfte desselben sich mit einer stark kriegerischen Stimmung brüstet, giebt die andere Hälfte dem dänischen Leser deutlich genug zu verstehen, daß man gerade darum sich so kriegerisch geberden könne, weil just gegenwärtig kein Krieg zu fürchten sei. (Pr. Z.)

Kopenhagen, 4. Febr. [Ein Dementi.] „Dagbladet" meldet: „Die Hamburger Zeitungen enthalten ein Kopenhagener Telegramm, demzufolge die europäischen Mächte dringend zur Nachgiebigkeit rathen und eine Blokade als Folge der Bundesexekution keineswegs anerkennen wollen. (S. Tel. in Nr. 26). Wir sind in Stand gesetzt, zu erklären, daß diese Mittheilung jeder Begründung entbehrt, und daß selbst kein Faktum vorliegt, welches durch Mißverständniß oder Entstellung jene Nachricht hätte veranlassen können. Dieselbe ist daher vollständig erdichtet."

— [Todesfall.] Am 30. v. M. starb hier, 43 Jahr alt, der Typograph Christian Sörensen, der Erfinder der Setzmaschine. Er hinterläßt Frau und Kinder in Armuth.

Griechenland.

Athen, 19. Januar. [Wahlproklamation.] Heute haben die Wahlen der Abgeordneten für die neue Kammer in Athen und zugleich in der ganzen Provinz Attika ihren Anfang genommen. Die Regierung hat noch vorgestern eine Proklamation an das Volk erlassen, welche im Auszug lautet:

Der Ministerrath an das hellenische Volk. Mitbürger! Ihr seid berufen, neue Stellvertreter zu wählen. Eine Majorität, aus fremdartigen Elementen zusammengesetzt, stellte sich in der Kammer schon von Anfang an feindlich dem Ministerium gegenüber, indem sie durch diese Haltung ihre Absicht ausdrückte, dem Gang der Regierung Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Im Angesicht solcher Thatsachen hielten es die Minister für ihre Pflicht, sofort ihre Entlassung nachzusuchen: allein der erhabene Fürst des Landes hielt es im Interesse seines geliebten Volks für angemessen, von seinem konstitutionellen Vorrecht Gebrauch zu machen und die Kammer aufzulösen. Die Minister nahmen die Amtsgewalt wieder an, in der Ueberzeugung, daß sie auf diese Weise die wohlwollenden Absichten Sr. Majestät für die richtige Durchführung der Konstitution und für das Wohlergehen des Landes fördern würden. Die Beurtheilung der ministeriellen Handlungen durch den gesetzgebenden Körper ist vom Staatsgrundgesetz festgestellt, und legt bei der Ausführung dieser Beurtheilung gegenseitige Verpflichtungen auf. Die Majorität der Kammer wollte die Minister verurtheilen, ehe sie dieselben angehört hatte, und versuchte sie aus dem Amt zu entfernen, statt ihre Handlungen zu beurtheilen. Auf diese Weise verletzte sie mittelbar ein königliches Recht, das von der Konstitution für die Wohlfahrt des Landes festgesetzt ist. Was suchten die Gegner der Regierung und was hat dieselbe gethan, als diese Majorität sich ihr gegenüberstellte? Das Ministerium hatte damals vorbereitet, den gesetzgebenden Körpern verschiedene Gesetzentwürfe, deren Nutzen augenscheinlich war, vorzulegen. Dergleichen sind: die Einführung der Lebenslänglichkeit der Richter, die Befreiung der Bauern von der Aussaatsteuer, die Regelung der Eintreibung der Staatsschulden und die gleichzeitige Anordnung, daß ein großer Theil dieser Summen dazu verwendet werden solle, um für die im Unabhängigkeitskampf gebrachten Opfer als Entschädigung zu dienen; ein neues Preßgesetz; ein Pensionsgesetz für die Zivilbeamten und deren Familien; ein Gesetz über Rekrutirung, Reserve und Landwehr u. s. w. Damit, Mitbürger, beschäftigte sich immer unter den wohlwollenden Einflüssen unseres volksfreundlichen Herrschers die mit seinem Vertrauen beehrte Regierung, als eine mißgestimmte Gegnerschaft sich unrechtmäßig ihr entgegenstellte. Die Auflösung war ein Werk der Nothwendigkeit. An euch liegt es demnach, Mitbürger, die öffentliche Ordnung zu befestigen, indem ihr unparteiisch die jüngste Vergangenheit beurtheilt. Bedenkt, daß die Zeiten groß und bedeutsam sind. Athen, 4/16. Januar. Der Ministerrath.

Asien.

Teheran, 2. Dez. [Beschwerden am russischen Hofe; Waffenbestellung.] Der „Triest. Z." wird gemeldet, der neue Gesandte am russischen Hofe, Mirza Dschaffer Khan, habe unter Anderm auch den Auftrag erhalten, Erklärungen über die Räumung der Insel Aschurade durch die Russen zu fordern. Die der persischen Regierung zugekommenen Nachrichten bekräftigen sie in der Ansicht, daß die Turkomanen von den Russen gegen den Schah unterstützt werden, indem die militärische Besetzung der genannten Insel den Russen Gelegenheit gebe, ihre Macht in jenem Gebiete auszuüben. Der Gesandte sei ferner angewiesen, zu erklären, die persische Regierung könne nicht gestatten, daß das Kaspische Meer zum russischen See werde. Es heißt auch, dieselbe beabsichtige, vier Dampfer daselbst zu stationiren, die von Engländern befehligt werden sollen. — Die persische Regierung hat in Europa 10,000 Gewehre der besten Qualität bestellt.

Amerika.

Mexiko, 29. Dezbr. [Ueber den Sieg der Liberalen] wird den „Hamb. Nachr." von hier folgendes Nähere berichtet: „Miramon war, durch den bei Toluca gehabten Erfolg übermüthig gemacht, auf das Hauptkorps der Liberalen, welches sich auf dem Marsche von Gueretaro auf die Hauptstadt in der Gegend von Arroyozarco befand, losgerückt, hatte aber, wie es scheint, in seinen Flanken nicht die gehörige Vorsicht beobachtet, so daß er nicht gewahr wurde, wie ihn zwei detachirte liberale Korps auf beiden Seiten begleiteten und schließlich seinen Rücken bedrohten. In der Gegend von San Miguelito, einem Dörfchen dicht vor Arroyozarco, traf er die Tête der Liberalen, hinter einer Batterie von 9 Kanonen verschanzt; er griff sie an und eroberte die Batterie. Es war dies jedoch ein ganz schlau angelegter Hinterhalt gewesen, und kaum hatten seine Truppen die Verschanzungen hinter sich, als ein mörderisches Feuer aus zwei versteckten Batterien, von zusammen 45 Geschützen sie in Unordnung brachte. Während er damit beschäftigt war, sie wieder zum Angriff zu formiren, ward er von den zwei Korps der Liberalen im Rücken und in den Flanken angegriffen und nach zweistündigem blutigen Kampfe total geschlagen, seine Truppen zersprengt, seine Geschütze, einige 20 an der Zahl, genommen; er selbst entrann nur mit größter Mühe der Gefangenschaft und langte, durch die Ausdauer seines Pferdes in der Nacht vom 22. zum 23. Dezember in der Hauptstadt an. Das treue Roß stürzte am Thore todt zusammen. Nachdem ein vergeblicher Versuch zum Unterhandeln gemacht war, zog Miramon in der Nacht vom 24. zum 25. wieder ab, mit circa 1000 Mann, und gleich darauf am Morgen des 25. besetzten die Liberalen mit bedeutender Heeresmacht die Stadt. General Ortega, welcher am 22. in der Schlacht bei Sta. Miguelito kommandirt und den glänzenden Erfolg erzielt hatte, wurde unter den lebhaftesten Hochs der Bevölkerung von einigen Enthusiasten nach dem Palast getragen, wo er sich sofort als Kommandant des Platzes bis zur Herkunft des konstitutionellen Präsidenten Juarez installirte. Es war nöthig, kräftige Maaßregeln zur Verhütung von Raub und Diebstahl zu ergreifen, denn unter der liberalen Armee giebt es eine gute Anzahl von Gesindel aller Art. Ein Dekret verordnete Todesstrafe für jeden Diebstahl, es fand bereits in der Exekution von 25 Individuen seine traurige Anwendung. Die Leichen der Erschossenen blieben zum warnenden Beispiel an den Laternenpfählen der Hauptplätze einige Tage hängen. Juarez wurde am 3. Januar von Veracruz erwartet, und es soll dann im Januar oder Anfangs Februar die Präsidentenwahl stattfinden. Ob nun damit der Bürgerkrieg ganz zu Ende kommt, oder ob derselbe noch an verschiedenen Punkten wieder entbrennen wird, läßt sich noch nicht beurtheilen. Es heißt, daß Miramon von seinen Soldaten bereits größtentheils verlassen ist, und soll er sich nach Toluca, von wenigen Getreuen begleitet, gewendet haben, man hält es jedoch für wahrscheinlich, daß er und die anderen kompromitirten Chefs wohl entkommen werden. Sobald die Wege wieder sicher sind, was jedoch wohl noch eine Zeitlang dauern wird, dürfte sich das Geschäft wieder aufnehmen, aber auch im glücklichsten Falle wird das Land noch für eine geraume Periode an den schweren Wunden kränkeln, die ein dreijähriger, wüthender, mit großer Grausamkeit und Zerstörungswuth von beiden Seiten geführter Bürgerkrieg ihm geschlagen hat."

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

— Wir geben unseren Lesern zunächst den Schluß des gestern abgebrochenen Berichts über die Adreßdebatte am 5. d. Er lautet: Abg. v. Vincke (Hagen): Der Vorredner hat mich daran erinnert, daß ich die Ehre gehabt habe, mit dem Herrn Minister des Innern und dem Herrn v. Auerswald in früheren Jahren zur Opposition gehört zu haben. Ich bin aber kein ministerieller Abgeordneter, sondern ich spreche, wie ich es für die Interessen des Vaterlandes am besten halte. Hört man den Vorredner, so sollte man glauben, es handle sich um etwas Ungeheures; das ist aber nur Phantasie, und daran ist nicht die Luft in diesem Hause, sondern die europäische Konstellation, die ihm das Herz bewegt, schuld. Wir verlangen nur eine Einheit des Systems, und dazu ist es nöthig, daß die selbständigen Beamten von diesem System durchdrungen sind, um so mehr, wenn der Wechsel ein so prinzipieller ist, wie zwischen dieser und der vorigen, gegen Recht und Gesetz so gleichgültigen Regierung, welche politische Gesinnung künstlich machte, und zwar durch Beamte, welche den Ministern unmittelbar untergeben sind, und das will der Vorredner mißbilligen? Hätte er erfahren, was in der Kommission vorgegangen, so würde er drei Viertel seiner Rede nicht gehalten haben, aber sein Bruder, Mitglied der Kommission, scheint zu gewissenhaft im Bewahren des Geheimnisses gewesen zu sein. (Gelächter.) Von den Landräthen und solchen Beamten ist hier gar keine Rede. Wir haben selbst der vorigen Regierung die Nothwendigkeit zuerkannt, zur Erreichung der Einheit im System gewissen Klassen von hohen Beamten die Immovibilität zuzuerkennen; das sind Unterstaatssekretäre, Oberpräsidenten, Gesandte u. s. w. Wie ist es aber möglich, daß ein Beamter, der solche Gesetzwidrigkeiten hat unter seinen Augen vorgehen lassen, wie sie in der Königsberger Todtenschau enthalten sind, mit Aufrichtigkeit dem jetzigen Ministerium dienen kann. Ein solcher Gesinnungswechsel ist unmöglich, und behält man diese Beamten, so trägt man zur Demoralisation der Beamten bei. Diese Beamten sind das Auge und der Mund der Regierung; sind Manteuffel'sche Brillen für die jetzige Regierung zuträglich? sind diese Beamten nothwendig, damit die Regierung auch die Stimmen der Minorität im Lande erfährt, wie ein Mitglied der Kommission geistreich bemerkt hat? Ja dann müßten zwei Präsidenten in einer Provinz sein; einer für die Majorität und einer für die Minorität. Wohin das führt, davon ein Beispiel: In Berlin werden durch das Polizeipräsidium dem Könige Auszüge aus den Zeitungen unterbreitet, damit Se. Maj. der König die öffentliche Meinung erfahre. Diese Auszüge macht ein Beamter; enthalten die Zeitungen das nicht, was der Beamte will, so werden Artikel in den „Publizisten" geschickt, damit sie in den Zeitungsbericht dann aufgenommen werden können. (Gelächter.) Der Redner führt weitere Unzuträglichkeiten an: einen dieser Beamten soll das Ministerium sogar eine Strafe Gottes genannt haben; er tritt ferner den Verdächtigungen der Eigennützigkeit entgegen; er läßt Jedem seinen Geschmack. Man hat von Parteiregierung gesprochen, davon wollen wir nichts wissen; wir wollen die Entfernung von einem Dutzend höherer Beamten. Es wird des Vorfalls in Pommern gedacht, um zu beweisen, daß es keine Parteiregierung sei, die jetzt an der Spitze steht. Und wohin die Gutmüthigkeit führt, das mögen die Verhältnisse des hiesigen Polizeipräsidiums, die einen europäischen Ruf erlangt haben, bezeugen. Die Eichhoff'sche Broschüre hat eine Menge Thatsachen zur Oeffentlichkeit gebracht, über welche der Minister in der Kommission erklärt hat, daß die Untersuchung zwar geschlossen, aber keine Entscheidung getroffen ist; Details wurden verweigert. Nach dem aber, was der Minister über Rummelsburg und über den Wohnungsanzeiger zugestanden hat, ist das Verbleiben des Polizeipräsidenten auf seinem Posten unmöglich. Diese Thatsachen sind Verletzung von staatsbürgerlichen, durch die Verfassung garantirten Rechten, vom Rechte der persönlichen Freiheit. (Der Redner resümirt die durch den Stieber'schen Prozeß bekannten Thatsachen.) Er billigt nicht das Verfahren Schwarcks und meint, die Regierung war in ihrem Recht, gegen diesen Beamten vorzugehen, der Jahre lang an all' dem Unrecht schuld war. Die öffentliche Meinung ist aber verwundert, daß die Maaßregel vereinzelt steht. Gegen die Justizbeamten ist mit Strenge verfahren worden, aber die Polizei geht mit Ehren aus, und das Land stellt doch die Justiz höher als die Polizei. Der Polizeipräsident hält nach wie vor Immediatvorträge bei dem König, er findet sich auf dem Bahnhofe zum Empfange auswärtiger Souveräne ein, ja, zur Repräsentation wählt man sich doch in der Regel Jemanden aus, gegen den nichts vorliegt. Wir haben 6 Vertreter Berlins in der Kommission gehabt und alle haben erklärt, daß der Polizeipräsident nicht mehr das Ansehen genießt, das er nöthig hat, um sein Amt ausüben zu können, und das sind Männer, die im Dienste grau geworden sind. Welchen Eindruck muß das auf das Land und auf Europa machen? Solche Mißstände darf man nicht zudecken, nicht verschleiern. Auf diesem Wege geht es nicht weiter; nicht die reaktionären Beamten sollen entlassen werden, sondern solche, die im entgegengesetzten Sinn zu den Anordnungen des Ministeriums ihr Amt verwalten. Mißverstanden kann der Satz im Entwurfe nicht werden, und auch der Minister hat ihn nicht mißverstanden; Herr Reichensperger möchte es thun. Wir sind hier, um die Stimme des Landes offen auszusprechen, wir hören nach Keinem, und ehrerbietig ist die Adresse gewiß gehalten. Das Behrend'sche Amendement ist allerdings deutlicher, als die Kommissionsfassung. Wir wollen nicht in die Prärogative der Krone eingreifen, wir wollen nur in großen Zügen sagen, was das Land denkt; aber wir denken nicht entfernt daran, den Ministern ein Mißtrauensvotum auszustellen; wenn aber der Minister des Innern seine Ueberzeugung dem Vaterlande, wie er es, zu seiner Ehre sei es gesagt, schon oft gethan, nicht opfern will, dann wird er gewiß der erste sein, der seinen Posten verläßt. (Oho links!) Wir haben hier eine Ausnahme vor uns, die nur in Deutschland vorkommen kann. Ein Mann, zur Gewalt gelangt, benutzt sie zu dem ehrenvollen Vorhaben, Versöhnung herbeizuführen. Diese Krankheit, die nur edle Menschen befällt, ehrt den Menschen; aber der Staatsmann hat Anderes zu thun. Wenige Männer im preußischen Vaterlande sind so geachtet, wie der Graf Schwerin; die Geschichte würde es nicht begreifen, wie der Name eines Grafen Schwerin mit dem von manchen Beamten in Zusammenhang gebracht werden kann.

Der Minister des Innern: Ich würde mich nicht veranlaßt gefühlt haben, weder zu dem in Rede stehenden Satze des 4. Alinea der Adresse, noch zu dem gestellten Amendement das Wort zu nehmen. Der letzte Herr Redner hat aber die Debatte so sehr auf das Gebiet der Persönlichkeit geleitet, daß ich auf dasselbe ihm zwar nicht folgen werde, aber doch mit einigen Worten darauf erwidern muß. Der Redner hat eines Oberpräsidenten erwähnt, der die Anordnungen seiner Vorgesetzten nicht strikte ausgeführt habe; er hatte ferner das Verhalten des Polizeipräsidenten von Berlin einer besondern Betrachtung unterworfen. Hierauf muß ich erklären, daß der erstere Vorwurf nicht begründet ist, und was den letzteren betrifft, die jetzt gepflogenen Verhandlungen mir nicht die Ueberzeugung verschafft haben, die Entfernung des Polizeipräsidenten aus seinem Amte als eine Nothwendigkeit zu erkennen. Ein anderes Verhalten der Minister Sr. Majestät, als nach eigenster Ueberzeugung, würde ich nicht als ersprießlich erkennen können. — Abg. Behrend (Danzig) vertheidigt sein Amendement. Man müsse sich seinem Könige gegenüber mit Freimüthigkeit aussprechen, so zieme es dem Deutschen. Das jetzige Ministerium verfolgt keine Tendenzpolitik; es will, daß Recht und Gesetz aufrecht erhalten bleibe. Das weiß Jeder. Das Ministerium hält die Verfassung, ohne daran zu deuten. In dieser Beziehung seien er und seine Freunde Anhänger des Ministeriums, aber die Beamten in den Provinzen, von welchen die Rede gewesen, müßten doch beseitigt werden. Der Redner macht den Minister aufmerksam, durch welche Organe die Thatsachen, die er verlangt, mitgetheilt werden und wie sie dargestellt würden. Die weiteren Ausführungen beleuchten die Frage nicht unter einem neuen Gesichtspunkte; er giebt Beispiele über einzelne Handlungen der Provinzialbeamten, um seine Behauptung zu belegen.

Der Minister des Innern: Die Regierung hat keine Veranlassung, auf Spezialitäten einzugehen, dessenungeachtet hält es die Regierung für ihre Pflicht, und sie glaubt, dies der Achtung vor dem hohen Hause schuldig zu sein, ihren Standpunkt zu der in Rede stehenden Frage klar darzulegen, wo es sich darum handelt, zu erwägen, was zu thun sei, um die nothwendige Einheit in der Verwaltung herzustellen. Die Erwägung dieser Frage bewegt sich aber innerhalb der Grenzen der exekutiven Gewalt, und die Regierung würde glauben, nicht im Einverständniß mit den altpreußischen Grundsätzen der Verfassung zu handeln, wenn sie nicht bestrebt wäre, alle guten und ersprießlichen Kräfte um sich zu sammeln und zu benutzen. Auf diesem Wege gelingt es ihr vielleicht, alle Parteigegensätze auszugleichen und die Versöhnung herbeizuführen, die nicht schwer wird, denn es giebt ja einen gemeinsamen Boden, wo sich Alle zusammenfinden und auf welchem die Stärke Preußens nach innen und außen beruht: die Liebe zu König und Vaterland! So lange die Beamten ihre Pflicht erfüllen, so lange setzt die Regierung voraus, daß sie ihre Pflicht über ihren Parteistandpunkt stellen. Die Regierung legt auf die Ehrenhaftigkeit der Gesinnung ihrer Beamten den höchsten, den allerhöchsten Werth, aber sie glaubt, daß der Kreis der Wirksamkeit der Beamten nicht der Tummelplatz politischer Thätigkeit sein darf. Die Regierung glaubt sich stark genug, hierüber selbständig urtheilen zu können; sie wird diese Richtung auch ferner innehalten. Nun, meine Herren, einige Worte noch. Alle die wohlwollenden Mahnungen, Warnungen sind an meine persönliche Adresse gerichtet und so weit sie mein Ministerium betreffen, mußten sie an mich persönlich gerichtet sein. Ich gedenke wohl des Augenblicks, wo es für die Regierung von der höchsten Wichtigkeit sein wird, daß der Strom der Begeisterung recht ruhig und breit fließe; ich fühle es wohl, daß ein preußischer Staatsmann seine Pflicht verletzen würde, wenn er nicht all sein Dichten und Trachten darauf richtete, daß er für einen solchen Zeitpunkt probehaltig gefunden werde. Ich bin nicht anmaßend genug, zu glauben, daß ich stets das Richtige treffe, ich bin auch nicht eigensinnig genug, um immer auf meiner Ansicht beharren zu wollen, aber ich bin auch nicht so schwach, um für die Meinung des Landes das zu halten, was Sie dafür ausgeben. Manifestationen der öffentlichen Meinung müsse man ernstlich prüfen, und die Pflicht des Staatsmannes sei es, je nach dem Ausfall dieser Prüfung zu handeln; ich werde dieser Pflicht genügen, so lange das Allerhöchste Vertrauen mich auf diesem Platze läßt. (Zeichen der Zustimmung.) — (Abg. Behrend (Danzig) zieht sein Amendement zurück.)

Der Finanzminister Frhr. v. Patow: Der Herr Minister des Innern hat die Stellung der Staatsregierung zur vorliegenden Frage schon dargethan, und ich könnte daher schweigen; aber sie berührt auch mich in meiner amtlichen Stellung und Sie werden daher einige Worte zur Sache entschuldigen. Die Regierung ist sich nicht allein bewußt, in Uebereinstimmung mit dem 2. Satze des 4. Alinea handeln zu müssen, sondern sie ist sich auch ebenso bewußt, in diesem Sinne gehandelt zu haben. Daß jener Satz die Majorität der Kommission gefunden und auch die des Hauses erhalten wird, wird die Regierung in seiner Bedeutung nicht unterschätzen. Sollte die Regierung Erfahrungen machen in dem Sinne, wie obiger Satz ihrer gedenkt, so wird sie nicht ermangeln, ihm entsprechend zu handeln. (Bravo!) Soll aber jener Satz die Forderung enthalten, daß die Regierung vorbeugende Dispositionen zu treffen habe, dann würde sie wissen, wie sie sich zu verhalten habe. Sie haben der Regierung viel Vertrauen gewährt, aber grade deshalb glaube ich, daß Sie auch in diesem Falle ihr vertrauen können, sie wird in jedem einzelnen Falle ihre Pflicht zu erfüllen wissen. — Abg. Gneist: Wenn an eine Regierung ein Antrag dahin gestellt werde, ohne Ansehen der Person und ohne Rücksicht auf politische Parteistellung zu verwalten, so sei das nur zu billigen. Unser ganzes Verwaltungssystem, das könne man nicht verkennen, sei auf Unbefangenheit begründet, aber diese Unbefangenheit liege im Allgemeinen in der Beamtenwelt nicht mehr vor, und wenn daher auch Ueberwachung der höheren Beamten über ihre Untergebenen zu billigen sei, so könne doch ein tendenziöses Vorgehen auf diesem Gebiete nicht gewünscht werden. Niemand in diesem Hause werde es unternehmen, der Regierung zu sagen, nach welcher Kategorie Beamte an- und abzustellen seien. Die dauernde Sehnsucht nach neuen Schablonen in der Verwaltung bezeuge die Gefahr des Schwankens auf diesem Gebiete, das von dem der Justiz stets fern zu halten sei, der daher das Urtheil über das Verbleiben oder Entlassen eines Beamten am geeignetsten überlassen werde.

Abg. v. Blanckenburg: Der Abg. für Geldern habe zum großen Theil gesagt, was er zu sagen beabsichtigte, daher er nur einige Aeußerungen des Abg. für Hagen beantworten wolle. Der Redner thut dies in überwiegend humoristischer Weise, die wiederholt das Gelächter des Hauses hervorruft. Er geht das Verhalten mehrerer Minister durch, insofern auch, als er einzelne Beamte oder amtliche Leistungen namhaft macht, die sogenannter reaktionärer Natur seien, ohne daß die betreffenden Minister darin Gefahr für ihre Verwaltung erkannt hätten, und fordert schließlich das Haus auf, nicht die Regierung in eine Lage zu drängen, die außer den Beamten auch für die Staatsinteressen gefährlich werden könnte; das Haus möge daher keinen Beschluß fassen, von dem es sich von vornherein sagen müßte, daß die Regierung ihn nicht ausführen könne. — Der Staatsminister v. Auerswald: In den Erklärungen der Minister des Innern und der Finanzen liegt nichts, was dem Vorredner das Recht geben könnte, irgend einen Verdacht auszusprechen. Die Herren Minister haben sich so unumwunden und deutlich ausgedrückt, daß ihre Worte keiner Mißdeutung fähig sein können. (Bravo!) — Der Abg. v. Vincke (Hagen) setzt den vom Abg. v. Blanckenburg angeführten Beispielen von zur Dispositionsstellung mißliebiger Beamten andere entgegen, wie die der Herren v. Auerswald, v. Bonin rc.; auch des Polizeipräsidenten von Berlin geschieht nochmals Erwähnung, um dem Minister des Innern zu erklären, daß es sich gar nicht um die Qualifikation des Herrn v. Zedlitz als Ehrenmann, sondern um die als Beamter handelt. Wenn der Minister erklärt, daß er die Integrität des Herrn v. Zedlitz nicht in dem Maaße für gefährdet erachtet, daß seine Entfernung jetzt schon nothwendig geworden, so verschärft er nur das Urtheil, das heute über diesen Beamten gefällt worden ist. Der Redner behauptet, nicht so weit gegangen zu sein, als Hr. v. Blanckenburg, der selbst Verstorbene erwähnt hat (Unruhe links); er tadelt die komische Art, in welcher Hr. v. Blanckenburg, wie ein Guckkastenmann, die Minister vorgeführt hat. Brrr! ein anderes Bild! (Gelächter.) Aber auch da habe der Hr. v. B. nur solche Dinge erwähnt, die ihm in seinen Kram passen, wie die Schulregulative; aber die Grundsteuer, die Ehegesetze habe er mit Stillschweigen übergangen. — Der Minister des Innern: Das Ministerium verschuldet die schiefe Lage, in der sich die Diskussion befindet, nicht. Nur einige Bemerkungen in Bezug auf meine Aeußerungen über den Polizeipräsidenten will ich mir erlauben. Ich erkläre ausdrücklich, daß ich die Integrität desselben für überhaupt nicht angegriffen erachte. Auf das Urtheil der sechs Männer aus Berlin darf ich kein Gewicht legen, weil ich die Ueberzeugung habe, daß sich die Sache anders verhält. Ich beklage diese Diskussion auf das Tiefste um des Vaterlandes willen, aber ich habe die Ueberzeugung, daß trotz derselben die Autorität der Beamten nicht untergraben werden wird. Bezüglich des Kösliner Vorfalles haben wir, ich wie der Graf Pückler, von einer feindseligen Demonstration nichts gemerkt. Es ist wahr, daß ein Toast auf den Oberpräsidenten der Provinz lauten Anklang gefunden hat; ich habe aber daraus den Schluß gezogen, daß man in Köslin mit der jetzigen Regierung zufrieden ist. (Bravo; Gelächter rechts.) — Die Diskussion ist geschlossen und nach einigen persönlichen Bemerkungen Seitens der Abgg. v. Wedell, Lüderitz, Reichensperger (Geldern) und (Köln), v. Vincke (Hagen) ergreift der Berichterstatter Abg. Beseler das Wort; er resümirt die Diskussion: Nichts legt ein so hohes Zeugniß von dem durch und durch gesunden Zustande in Preußen ab, als daß eine solche Diskussion heute hier habe stattfinden können. Die Debatte hat sich nicht von Persönlichkeiten freigehalten, hat sich nicht davon freihalten können, aber sie ist nicht persönlich gewesen. Die Kommission hat geglaubt, daß dem Beamten nicht bloß eine negative, sondern auch eine positive Unterstützung der Regierung zur Pflicht gemacht werden könne und müsse, und das ist der Unterschied zwischen der Auffassung der Regierung und dem Standpunkte, den die Kommission eingenommen hat. Was will man sagen mit dem ewigen Vorwurfe von Eingriffen in die Exekutive; das ist die unglückselige Frucht des Kompetenzkonfliktsverfahrens, das sich von dem Konflikt zwischen Justiz und Verwaltung auf die großen Institutionen des Staats verpflanzt hat. — Bei der Abstimmung werden alle konservativen Amendements mit großer Majorität verworfen; das vierte Alinea nach dem Entwurfe angenommen. — Vor Schluß der Sitzung bringt der Finanzminister einen Gesetzentwurf ein, betreffend die Ermäßigung der Rheinzölle und die Aufhebung der Durchfuhrzölle, und bittet um schleunige Berathung. (Bravo!) Die Sitzung wird um 4 Uhr geschlossen.

R — Da der heute früh fällige Schnellzug von Berlin den Anschluß in Kreuz aus uns unbekannten Ursachen nicht erreicht hatte, so sind uns die Zeitungen so verspätet zugegangen, daß es unmöglich ist, die gestrigen Debatten des Abgeordnetenhauses ausführlicher zu geben. Wir müssen uns mit dem folgenden kurzen Auszuge begnügen, und werden die Verhandlungen morgen nachbringen. (Unsere Landtagskorrespondenz ist gänzlich ausgeblieben.)

Berlin, 6. Februar. [10. Sitzung.] In der heutigen Sitzung wurden die Sätze 5—7 des Adreßentwurfs (Heeresreform, Grundsteuer, Ehegesetz) ohne Diskussion angenommen. Bei Satz 8 (erhöhte Thätigkeit der Gesetzgebung) versprach der Justizminister eine solche. Die Revision der Kompetenz-Konflikt-Gesetzgebung, schon früher in Angriff genommen, werde beschleunigt. Doch lasse sich ein bestimmter Termin der Vorlage noch nicht angeben; auch für das rheinische Hypothekenwesen, das Subhastationswesen und die Zivil- und Strafprozeß-Ordnung stellte derselbe Reformen als nöthig in Aussicht. Die bezeichneten und die folgenden Sätze (freie Flußschifffahrt und Handels-Beziehungen zu Frankreich) wurden angenommen. — Bei dem folgenden Satze (auswärtige Politik) erhob sich eine längere Diskussion, in deren Laufe der Minister v. Schleinitz erklärte, die Regierung habe keine Mißgunst gegen Italien. Ohne die nationale Idee zu unterschätzen, könne jedoch die Regierung ihr keine souveräne Bedeutung beilegen. Trotzdem sie auch das Prinzip der Nichtintervention nicht immer bindend erachtet, habe sie in Italien nicht aktiv eingegriffen, weil eine Politik der Vorsicht und Zurückhaltung im Interesse Preußens liege. Den Vorwurf tendenziöser Politik weise er zurück. Venetien sei militärisch und strategisch für Oestreich und mittelbar für Deutschland zu wichtig, als daß Preußen eine Verzichtleistung auf Venetien anrathen könnte.

— [Petition.] Die Ausgleichung der Transportkosten für die in die Regiments-Stabsquartiere gestellten Landwehr-Kavallerie-Uebungspferde, die schon öfter Gegenstand der Erörterung im Hause der Abgeordneten war, ist gegenwärtig in einer Petition der Stände des Neumarkter Kreises in Schlesien von Neuem zur Sprache gebracht worden. Die Petenten wiederholen im Wesentlichen ihre Bitte, „die Regierung aufzufordern, Transportkosten-Ausgleichungsbeträge bis zur gesetzlichen Regelung der Sache nicht mehr einzuziehen und die pro 1858 eingezogenen Transportkosten-Ausgleichungsbeträge zurückzuerstatten". Die Kommission erklärt die Beschwerde für gerechtfertigt. „Die Abänderung des Gesetzes von 1831 und die Auferlegung neuer Kreislasten konnte nicht im Verwaltungswege, sondern nur durch ein im verfassungsmäßigen Wege ergangenes Gesetz erfolgen; ein solches liegt hier nicht vor, und es entbehrt deshalb das Verfahren der Verwaltungsbehörden nach der Kabinetsordre vom 25. April 1854 der gesetzlichen Grundlage". Die Regierung hat zudem bei den betreffenden Verhandlungen von 1859 die Zusicherung ertheilt, daß für die Zukunft der Gegenstand auf ordnungsmäßigem Wege geregelt werden würde, und in Anerkennung der Nothwendigkeit einer anderweiten Regelung dieser Angelegenheit von 1859 ab in den Ausgabeetat der Militärverwaltung eine Summe von 6500 Thlrn. aufgenommen, die ausdrücklich dazu bestimmt ist, jene Mehrkosten auszugleichen. „Um so mehr hat es überraschen müssen, daß dem Beschlusse des Hauses vom 3. Februar 1859 keine Berücksichtigung zu Theil geworden, von der Regierung vielmehr an der früher aufgestellten Ansicht festgehalten und sogar mit der Ausschreibung von Transport-Ausgleichungsbeträgen pro 1858 verfahren worden ist! Die Ansicht der Regierung steht im Widerspruch mit den allgemeinen Regeln über die Auslegung und Geltung der Gesetze." Ob in Zukunft Landwehr-Kavallerie-Uebungen nicht stattfinden werden, wie der Kommissar des Kriegsministers erklärt hat, kann dahin gestellt bleiben, ist indessen zur Zeit ohne Einfluß. Die Erstattung der pro 1858 wirklich eingezogenen Transportkosten-Ausgleichungsbeträge erscheint in Ordnung. Seit dem Beschlusse vom 3. Februar 1859 befand sich die Regierung nicht mehr im guten Glauben für die Zulässigkeit ihres früheren Verfahrens. Die Beträge für 1858 waren ausdrücklich Gegenstand des betreffenden Kommerbeschlusses; ihre Einziehung ist gegen diesen Beschluß und ohne gesetzliche Grundlage geschehen, und das muß rechtlich die Erstattung zur Folge haben. Die Kommission beantragt, die betreffende Petition der Regierung in der bestimmten Erwartung zu überweisen, daß nunmehr den berechtigten Anträgen der Petenten Rechnung getragen werde".

Aus polnischen Zeitungen.

[Umtriebe in Galizien.] Der „Czas" berichtet aus Westgalizien: „Um die Mitte des Monats Januar verbreitete sich im Bochnier Kreise die Nachricht, der k. k. Bezirksvorsteher Rossa, von Geburt ein Böhme, erzähle den Bauern von Geheimbünden, Verschwörungen und Revolutionen, welche der Adel gegen die Regierung richte und daß die Bauern deshalb an ihre Thaten vom Jahre 1846 sich erinnern mögen. Der Pfarrer Gondek aus Krzyzanavica beschloß die Quelle dieser Gerüchte zu erforschen, und es ist ihm gelungen, dieselbe zu finden. Er ließ den Gemeindevorstand von Flanki, Sebastian Ignazyk, zu sich kommen, von dem die Gerüchte ausgingen, und nahm mit ihm in Gegenwart von Zeugen ein Protokoll auf. In diesem Protokoll bekannte J. Folgendes: „Aus Anlaß eines Geldbetrages, den Herr Komar, Besitzer des Dorfes Ostraw, für die Jagd schuldig, ohne diesen Betrag zahlen zu wollen, sagte mir der Bezirksvorsteher, daß Herr Komar kein Geld habe, weil er es ins Ausland schicke, um gegen die Regierung eine Revolution zu machen. Und wißt Ihr nicht, setzte der Bezirksvorsteher hinzu, daß der Adel in Krakau Verschwörungen und Aufstände gegen den Kaiser machen will, und daß Herr Komar zu diesem gehört? Nun sie sollen es nur weiter so treiben. Dieser Adel mache sich gefaßt darauf, daß die Bauern ihm dasselbe jetzt thun, was sie im Jahre 1846 gethan haben." Derselbe Pfarrer hat darauf noch andere Bauern befragt, und ist unter anderm auf einen Gemeinderath gestoßen, der, von einer Bezirkssitzung zurückkehrend, seiner Gemeinde kundgab, der Bezirksvorsteher habe befohlen, man solle in Bereitschaft sein und den Dreschflegel, Heugabeln rc. in Stand setzen. Nach Feststellung dieser Aussagen hat der Pfarrer Gondek die Anzeige davon der Statthalterei und dem Staatsministerium erstattet. Der Advokat Zyblikiewicz dagegen hat in Folge Aufforderung des Herrn Komar den k. k. Bezirksvorsteher Rossa beim k. k. Strafgericht Krakau des Hochverraths angeklagt, da derselbe die Bauern gegen den Adel aufgereizt habe, um den Bürgerkrieg hervorzurufen. Außerdem klagt er ihn wegen Störung der öffentlichen Ruhe und wegen Verleumdung gegen den Herrn Komar." So weit der Bericht des „Czas". Im Lemberger „Przeglad." wird ein ähnliches Faktum aus Jaroslau erzählt, nur daß hier nicht ein Bezirksvorsteher, sondern bloß ein Gerichtsdiener der Beschuldigte ist. Dieser trat nämlich in eine öffentliche Schenke ein und hielt folgende Ansprache: „Soeben komme ich aus verschiedenen Dörfern, wo ich auf höheren Befehl den Gemeindevorständen einsagte, die Bauern sollen sich mit ihren Sensen bereithalten, um die Edelleute abzuschlachten, wofür Se. Maj. der Kaiser den Bauern alle Felder und Wälder der Edelleute schenken werde. Man solle sich auch vorbereiten, in den Städten diese Hundsfötter, die Herren, zu schlachten. Der Graf Goluchowski habe den Kaiser bewegen wollen, daß dieser alle Beamten, welche nicht polnisch können und die Sache der Bauern vertreten, absetzen möge; doch der Kaiser habe dem Rathe nicht gefolgt und ihn davongejagt." Auch gegen diesen Gerichtsdiener wurde die Klage eingebracht und ist bereits die Untersuchung darüber im Zuge.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 7. Februar. [Polizeistrafen.] Auf Grund des Gesetzes vom 14. März 1852 sind bei dem Polizeiamte der Stadt Posen im vorigen Jahre in 1527 Fällen Uebertretungen verschiedener Art durch Straffestsetzungen gerügt worden. Darunter waren: wegen versäumter Straßenreinigung 122, wegen anderer Uebertretungen der Straßenordnung 571, wegen unterlassener An- und Abmeldungen 203, wegen Ungehorsams gegen die Dienstherrschaft und unbefugten Dienstaustritts 87, wegen unbefugten Austritts aus der Arbeit 38, wegen Uebertretung gewerbepolizeilicher Vorschriften 82, Marktordnung 71, Droschkenordnung 145, Feldpolizeiordnung 110, Feuerlöschordnung 22, Verletzung der Sonntagsfeier 44, Maaß- und Gewichtsordnung 6, Festungs-Rayonordnung 4, Stromordnung 3, Militärersatzordnung 4, Aufsicht auf Hunde 5. — In 135 Fällen haben die Betheiligten gegen die Straffestsetzung auf richterliche Entscheidung sich berufen. In 164 Fällen mußte statt der Geldbuße Gefängnißstrafe vollstreckt, in 83 Fällen die Strafe niedergeschlagen werden. In 1045 Fällen wurden Geldbußen im Betrage von 429 Thlr. 5 Sgr. eingezogen, die zur Kämmereikasse fließen.

— [Eheschließungen in der Stadt Posen.] Im vorigen Jahre wurden in der Stadt Posen 409 Ehepaare getraut, und zwar in den katholischen Gemeinden 186, den evangelischen 154, der jüdischen 69. Die Militärgemeinde ist hierbei nicht eingerechnet. Seit 20 Jahren hat die Zahl der Eheschließungen in Posen nicht wesentlich zugenommen, sie schwankte zwischen 300 und 500. Nur in den Jahren 1847 und 1848 ging sie bis auf 261 zurück. Mit der Wiederbefestigung der öffentlichen Ordnung im Jahre 1849 stiegen die Eheschließungen auf 436. Damals stifteten einige industrielle Familienväter hier einen Heiraths- und Ausstattungsverein, der jedem beitretenden oder bei demselben angemeldeten Mädchen eine Aussteuer von 200 Thlr. in sichere Aussicht stellte. Kein Wunder, daß sofort Hunderte von heirathsfähigen Mädchen das Beitrittsgeld zahlten und viele in Erwartung der Aussteuer sofort heiratheten. Aber nachdem einige Töchter der ehrenwerthen Stifter und einige Glückliche die Ausstattung erhalten hatten, wurde der Verein zahlungsunfähig und die getäuschten Heirathslustigen hatten das Nachsehen. Aber die Hoffnung auf die Aussteuer hatte die Eheschließungen im Jahre 1850 auf 561 und im Jahre 1851 auf 413 erhöht. Seitdem ist diese Zahl nicht wieder erreicht worden.

(Beilage.)

— [Verkauf einer Herrschaft.] Die Herrschaft Baszkow, im Kreise Krotoschin, unweit der schlesischen Grenze belegen, und auf 608,741 Thlr. landschaftlich abgeschätzt, ist in der Subhastation am 26. v. M. von Sr. Durchlaucht dem Fürsten von Reuß erstanden. Das Meistgebot (420,00 Thlr.) für die etwa 19,000 Morg. umfassende Herrschaft hat ⅔ der Taxe nicht viel überschritten. Die Bodenbeschaffenheit ist gut, fast durchweg weizen- und kleefähig; aber während der langen landschaftlichen Administration und dem endlichen Verkaufsverfahren ist der wirthschaftliche Zustand der Herrschaft sehr heruntergegangen und das lebende und todte Inventar, das einen so bedeutenden Theil des Werthes der großen Landgüter bildet, erheblich deteriorirt worden. Nicht wenige deutsche Kapitalien sind hier verloren gegangen. Möge der neue Besitzer die Mühe und Opfer, welche dieser Erwerb ihm auferlegt, bald mit Erfolg gekrönt sehen. Die Herrschaft gehörte bisher der Frau Gräfin Mielżyńska.

β Owinsk, 6. Febr. [Kirchenraub.] In der Nacht vom 1. zum 2. d. ist die hiesige alte Pfarrkirche durch Zerstörung des Schlosses an der Eingangsthüre erbrochen und aus derselben ein alter silberner, inwendig vergoldeter Kelch mit dergleichen Patene, ein alter kupferner Weihkessel und eine Flasche mit Oel gestohlen worden. Den Raub scheinen zwei Diebsgesellen verübt zu haben, was daraus ersichtlich, daß eine Menge abgebrannter Streichhölzer, womit der eine dem andern bei der Zerstörung des Thürschlosses geleuchtet hat, am Boden lagen. In der Kirche selbst haben die Diebe eins der vorhandenen Wachslichter angebrannt, in der Sakristei die Kleiderkasten durchwühlt, an dem Hauptaltare das Antipendium abgerissen und vermuthlich nur nach kostbaren Gegenständen gesucht, welche dort aber, weil die Kirche gegenwärtig selten und nur zur Abhaltung von Begräbnißfeierlichkeiten benutzt wird, nicht vorhanden waren. Die entwendete Oelflasche und der eiserne Henkel des Weihkessels sind auf dem Felde in der Nähe von Mienkowo gefunden worden, eine weitere Spur zur Entdeckung der Räuber liegt jedoch nicht vor.

Σ Schwerin, 6. Februar. [Tod und Lebensskizze des Majors Gebhardt.] Am 29. Januar wurde der Major a. D. Gebhardt, der am 24. desselben Monats im Alter von 84 Jahren 4 Monaten gestorben war, unter außergewöhnlicher Theilnahme der hiesigen Einwohnerschaft zur Ruhe bestattet. An der Spitze des Trauerzuges ging das uniformirte Schützenbataillon, dessen Hornisten einen Choral bliesen. Hinter diesen trug der Hauptmann a. D., der hiesige Steuerinspektor Kowalewitsch die Orden des Verstorbenen. Dem Sarge, der mit Guirlanden umwunden und mit den militärischen Insignien dekorirt war, und von Mitgliedern der Gilde getragen wurde, folgten die Leidtragenden und die Geistlichen; diesen die Sänger der Liedertafel nud des kirchlichen Gesangvereins, sowie eine große Anzahl von Männern aller Konfessionen und Stände, die dem Dahingeschiedenen auf seinem letzten Gange den Ausdruck ihrer Liebe und Verehrung bekundeten. Prediger Schellberger hielt die Leichenreden im Trauerhause und am Grabe. Die Trauerfeierlichkeit wurde gehoben durch die von den Sängerchören gemeinschaftlich vorgetragenen Choräle. Während des Gesanges: „Es ist bestimmt in Gottes Rath ꝛc.“ wurde der Sarg in die Gruft gesenkt, worauf die Schützen die üblichen Salven gaben. Das militärische Leben des Verstorbenen, von dem in weiteren Kreisen wohl noch mancher Freund und Verehrer lebt, ist reich an Momenten seltenen Muths und außerordentlicher Tapferkeit. Deshalb dürfte eine kurze, der „Geschichte des k. 2. Ulanenregiments von Dziengel“ entnommene Skizze seines Lebensganges hier am Orte sein. Wilhelm G. wurde 1776 zu Bartenstein in Ostpreußen geboren, schwur 1792, erst 16 Jahre alt, zur Fahne, machte 1793 die polnische Kampagne mit, wurde bei Ostrolenka fünfmal verwundet und erhielt hier vom General v. Günther die silberne Medaille eigenhändig angeheftet. Im April 1800 zum Offizier ernannt, machte er 1806/7 als Adjutant des Gen. Maj. v. Jeanneret den Krieg in Ostpreußen mit. In der Schlacht bei Heilsberg erhielt er in Folge seines persönlichen Muthes 18 Stich- und 5 Hiebwunden, und wurde mit dem Orden pour le mérite dekorirt. 1808 wurde er (als Sekonde-Lieutenant) vom Könige zum Stabsrittmeister ernannt und mit der Ausbildung der Garde-Ulanen-Schwadron betraut, die damals erst organisirt wurde. 1810 stürzte er bei einem Manöver in Berlin vor dem Könige, wodurch er vollends Invalide wurde. 1811 nahm er seinen Abschied und erhielt das Postamt zu Neu-Ruppin, welches er bis 1846 verwaltete. Bei Gelegenheit seines 50jährigen Dienstjubiläums erhielt er den rothen Adlerorden. Seit 1809 mit Charlotte v. Dresler verheirathet, beging er 1859 auch die goldene Hochzeit, wobei er durch ein huldvolles Glückwunschschreiben des jetzigen Königs erfreut wurde. Von 15 Kindern aus dieser glücklichen Ehe, worunter 11 Söhne, haben ihn nur 2 Töchter überlebt. Diese, nebst der Gattin und 5 Urenkeln, beweinen den Dahingeschiedenen.

r Wollstein, 6. Febr. [Kindesmord; Geschäftliches.] Schon wieder habe ich Ihnen über einen muthmaßlichen Kindesmord zu berichten. In diesen Tagen ist nämlich in Alt-Jaromirz von einigen Schulkindern die Leiche eines neugebornen männlichen Kindes gefunden worden. Die dieserhalb angestellten amtlichen Recherchen haben bis jetzt noch kein bestimmtes Resultat ergeben. — Der Handel mit Hopfenstangen nimmt in diesem Jahre einen außerordentlichen Aufschwung. Das Schock Stangen, im vorigen Jahre noch mit 1⅓ Thlr. bezahlt (was schon sehr theuer schien), kostet jetzt bereits 2½—2⅔ Thlr. Es werden täglich viele hundert Schock aus der Gegend von Glogau und Karolath (7—8 Meilen weit; in hiesiger Gegend giebt es keine mehr) bei hiesigen Händlern abgeliefert, die größtentheils schon verkauft sind. In allen übrigen Geschäftszweigen und namentlich im Spiritus- und Getreidehandel herrscht überaus große Flauheit.

ξ Bromberg, 6. Februar. [Zum Sprachenstreit; Brückenbau; Regulirung der Brahe.] Im hiesigen „Kreisblatte“ wird einem „polonisirten Deutschen“, dem Gutsbesitzer Schuhmann (jetzt Szuman), aus Althütte, der in einer Prozeßsache mit Deutschen vor dem Schönlanker Kreisgerichte den Sprachenkonflikt erhoben und darauf bestanden hat, daß ihm alle gerichtlichen Dokumente in polnischer Sprache zugefertigt würden, obwohl er sehr gut deutsch versteht und spricht, historisch nachgewiesen, daß er gar kein Pole sei, wenngleich er Gott zum Zeugen anruft, „daß er seine polnische Gesinnung niemals verleugnen wolle.“ Hr. Sch. erinnert dabei an seine polnischen Vorfahren. Das „Krsbl.“ führt nun aus, daß das ein Unding sei, denn weder Danzig noch Konitz, wie auch Schneidemühl (wo die Vorfahren gelebt) gehörten zu jenem sogenannten Polnischen Reiche, sondern zu Westpreußen, welches sich unter Wahrung seiner deutschen Nationalität im Jahre 1453 dem Schutze, aber nicht der Herrschaft Polens unterworfen. Als die Polen die eingegangenen Verträge nicht achteten und die Rechte des Landes mit Füßen traten, bewahrte wenigstens Danzig seine Freiheit und wies die Angriffe derselben auf sie blutig zurück. Danzig ist nie eine polnische Stadt gewesen. Als Bürger von Danzig, Konitz und Schneidemühl konnten die Vorfahren des Hrn. Sch. also nicht der polnischen Nationalität zufallen. Es hat nämlich niemals, am allerwenigsten in den drei genannten Städten einen polnischen, sondera stets nur einen deutschen Bürgerstand gegeben, welcher im Gegensatz zum Adel unter dem schweren und langen Druck zügelloser Junker volksthümliche Sitte, Sprache und Religion bewahrte. Die Vorfahren Sch.'s haben, wie aus dem Namen geschlossen wird, diesem Stande und nicht etwa dem Adel angehört. Sollte, sagt das „Krsbl.“ weiter, Hr. Sch., um seine Behauptung, daß schon seine Vorfahren Polen gewese0, zu rechtfertigen oder glaublicher zu machen, die Erklärung bereit haben, daß dieselben weder dem Adel-, noch dem Bürger-, sondern dem Tagelöhnerstande angehört haben, so würde er auch dadurch seinen Zweck verfehlen. Es ist allerdings wohl wahrscheinlich, daß in den westpreußischen Städten schon vor 1772, wo die große Masse der slavischen Bevölkerung leibeigen war, dennoch eine geringe Anzahl persönlich freier, nichtadliger Slaven gelebt habe (der deutsche Bürger brauchte ja Knechte, Holzhauer ꝛc). Wenn die Vorfahren Sch.'s dieser Klasse angehörten, so waren sie dennoch nicht Polen, sondern — Kaschuben, was Hr. Sch. auch wohl für keinen Makel halten wird. Die Slaven westlich von der Weichsel und nördlich von der Netze sprechen eine ganz besondere Sprache, für welche sowie für ihre ganze sogenannte Nationalität ihr Wortführer, Dr. Ceynowa, ganz gleiche Rechte in Anspruch nimmt, wie sie die polnische Sprache und Nationalität besitzt. Sonach würden die Vorfahren Sch.'s, wenn anders er nicht den ꝛc. Ceynowa widerlegt, Kaschuben gewesen sein, nachdem dieselben ursprünglich Deutsche gewesen sind, wie aus dem Namen zu schließen. Und so wie bei Hrn. Sch. dürfte es wohl bei vielen „polonisirten Deutschen“ um ihre Vorfahren stehen. — Die Stadt Bromberg hat, als sie die Bedingungen der Einverleibung der jetzigen Vorstadt Grostwo in die Stadtgemeinde (im Jahre 1857) mit Grostwo vereinbarte, u. A. sich auch verpflichtet, zwischen der Thorner Vorstadt und Grostwo eine Brücke herzustellen. Nun wird Seitens der Stadt aber beabsichtigt, die Brücke, deren Bau nächstens beginnen soll, der Stadt näher zu bringen, als es im Wunsche der Bewohner Grostwo's liegt. In Folge dessen haben dieselben einen Protest bei dem Magistrate eingelegt. In demselben wird zunächst nachgewiesen, wie durch die Seitens der Stadt projektirte Brückenlegung weder der Thorner Vorstadt noch Grostwo ein Vortheil erwüchse, dann heißt es: „Geschieht dies nicht, (der Bau im Sinne Grostwo's) so würde die Stadt in die Lage kommen, noch eine zweite Brücke bauen zu müssen, um unsere Kontraktsbedingungen zu erfüllen“. Möglicherweise dürfte durch diesen Protest die Errichtung einer zweiten Brücke über die Brahe, die wohl dringend nöthig, noch um einige Zeit verschoben werden. — Behufs Regulirung des Brahebettes, namentlich genauer Feststellung des Gefälles bis zur Weichsel hin, das bis jetzt zwischen 18—22 Fuß schwankte, werden hier gegenwärtig Vermessungen am Ufer der Brahe vorgenommen.

Angekommene Fremde.

Vom 6. Februar.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Partikuliers Baron v. Großhaus aus Mitau und Minuschki aus Riga, Rentier Baron v. Grote aus Petersburg, die Gutsb. v. Milkowski aus Popowko und v. Sievert aus Hamburg, die Kaufleute Achilles aus Berlin, Saul aus Köln und Schätzler aus Dresden.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsb. Bukowski aus Ruchocinek, Sypniewski jun. aus Piotrowo und v. Dobrogojski aus Chocicza, Dr. med. Kompf aus Breslau, Oekonom Laskowski aus Giecz und Gutsverwalter Zaluskowski aus Nieświastowice.

BAZAR. Die Gutsbesitzer v. Sawicki aus Rybno und v. Paliszewski aus Gembic.

PRIVAT-LOGIS. Gutsbesitzer Drzewiecki aus Płaczkowo, Friedrichsstraße Nr. 22.

Vom 7. Februar.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Hundius und Landhof aus Berlin, Rittergutsb. v. Brodnicki aus Dzieczmiarki, Inspektor Müller und Gutsb. Krüger aus Bromberg.

HOTEL DU NORD. Rittergutsb. v. Krynkowski aus Popowo tamkowo, die Rittergutsb. Frauen v. Wilczyńska aus Krzyżanowo, v. Pomorska aus Grabianowo und v. Zakrzewska aus Osiek, Kaufmann Vogel aus Georgenhütte, die Geistlichen Wick und Spiski aus Breslau.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Kaufleute Kornates aus Berlin und Bernhard nebst Frau aus Lissa, Gutsb. Waligórski aus Rostworowo, die Rittergutsb. v. Żychliński nebst Frau aus Uzarzewo und v. Sulerzycki aus Chomiąże.

SCHWARZER ADLER. Frau Gutsb. v. Pokłatecka und Fräul. v. Pokłatecka aus Ossowo, Probst Lewandowski aus Kosten, Gutspächter Matuszewski aus Biezdrowo und Kaufmann Berliner aus Ostrowo.

HOTEL DE BERLIN. Wirthsch. Inspektor v. Zielonacki aus Koźmin, Partikulier Malotki v. Trzebiałowski und Gutsb. Kunkel aus Breslau.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Gutsb. Kernbach aus Kicin Gutsb. und Lieutenant Bayer aus Skórzewo, Maurermeister Ertel aus Breslau, Wirthsch. Inspektor Schindowski aus Wierzonka und Kaufmann Sachs aus Magdeburg.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Gutsb. Frauen v. Symniewska aus Warschau und Gräfin Mycielska aus Chocieszewice, Gutsb. Witowski aus Polen, die Kaufleute Wiens und Scholz aus Breslau, Hentschel und Hoffmann aus Dresden, Treu aus Magdeburg, Reissert aus Limbach, Fränke aus Ronsdorf und Ferberger aus Berlin.

HOTEL DE PARIS. Gutsverwalter Kucharkowski und Brenner Nowaczyński aus Mechlin, Wirthsch. Beamter Bilski aus Kurnik, Oberamtmann Böthelt aus Trzebisławki und Landwirth Jans aus Łagiewnik.

BAZAR. Schauspiel-Direktor Miłaszewski aus Warschau, die Gutsb. Frauen v. Radońska aus Kociałkowagórka und v. Swinarska aus Dembe, die Gutsb. v. Radoński aus Krzeslic, v. Karsnicki aus Mystki, v. Mierzyński aus Bythin und v. Radoński aus Ninino.

EICHBORN'S HOTEL. Die Kaufleute Fließ aus Bromberg, Glaß aus Kosten, Trieber aus Ostrowo und Alexander aus Pleschen.

BUDWIG'S HOTEL. Oekonom Kosmowski aus Dominowo, Viehhändler Hamann aus Gottschimmerbruch, Kaufmann Ettinger aus Newyork, die Kaufm. Frauen Schreyer und Lewin aus Wystrzyn.

HOTEL ZUM SCHWAN. Die Kaufleute Fabisch aus Santomysl, Cohn aus Berlin, Bloch und Grünberg aus Strzałkowo, Sieburst aus Wreschen, Joseph aus Pleschen und Holz aus Königsberg.

BRESLAUER GASTHOF. Die Handelsleute Schuchert und Linde aus Benneckenstein, Reinecke aus Trzemeszno und Gebrüder Bradel aus Neustadt a. S.

ZUM LAMM. Großschiffer Grübnau aus Elbing.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Im Monat Februar c. werden nachbenannte Bäcker das Roggenbrot und die Semmel zu den angegebenen schwersten Gewichten liefern:

1) Brot à 5 Sgr.

Karl Brzozowski, Judenstr. 3	4 u. 24 Lth.
Ludwig Nowicki, Markt 71	4 - 15 -
Vincent Pade, St. Martin 3	4 - 15 -
Friedrich Knipfer, St. Martin 22	4 - 15 -
Valentin Preisler, Bäckerstr. 21	4 - 15 -
Adam Grombczewski, Bäckerstr. 11a.	4 - 15 -

2) Semmel à 1 Sgr.

Karl Brzozowski, Judenstr. 3	15 Lth.
Emil Tiedemann, Breitestr. 7	14 -
Friedrich Knipfer, St. Martin 22	14 -
August Tomski, Markt 85	14 -

Im Uebrigen wird auf die an den Verkaufsstellen ausgehängten Backwaaren-Taxen Bezug genommen.

Posen, den 6. Februar 1861.
Königliches Polizeidirektorium.

Bekanntmachung.

Die Serviszahlung für die im Monat Januar d. J. hier einquartirt gewesenen Truppen erfolgt am 8. und 9. dieses Monats.

Posen, den 6. Februar 1861.
Der Magistrat.

Nothwendiger Verkauf.
Das Kreisgericht zu Schroda,
Erste Abtheilung.

Das dem Rittergutsbesitzer **Ignatz v. Skorzewski**, jetzt dessen Erben gehörige Rittergut **Nekla**, wozu die beiden Dörfer **Stroszki** und **Starczanowo** nebst Hauländerei gehören, abgeschätzt inkl. des kaufmännischen Werthes der Forsten auf 241,712 Thlr. 24 Sgr. 5 Pf., inkl. des Ertragswerthes der Forsten auf 175,280 Thlr. 1 Sgr. 4 Pf., inkl. des Durchschnittswerthes der Forsten zwischen dem kaufmännischen Werthe und dem Ertragswerthe auf 207,996 Thlr. 12 Sgr. 11 Pf., zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am

22. Mai 1861 Vormittags 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Alle unbekannten Realprätendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.

Die Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei dem Gericht zu melden.

Schroda, den 8. September 1860.

Nothwendiger Verkauf.
Königliches Kreisgericht zu Krotoschin,
I. Abtheilung.

Das der verwittweten Gräfin **Potulicka, Therese** gebornen Gräfin **Mielżynska** und den Erben des Grafen **Caspar v. Potulicki** gehörige Rittergut **Galewo**, abgeschätzt auf 44,624 Thlr. 14 Sgr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am

7. September 1861 Vormittags 9 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Alle unbekannten Realprätendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgericht anzumelden.

Krotoschin, den 2. Januar 1861.

Nothwendiger Verkauf.
Königliches Kreisgericht zu Samter,
den 12. Oktober 1860.

Das dem **Alexander Kolski** gehörige Vorwerk

Mieścisko,

abgeschätzt auf 20,654 Thlr. 10 Sgr., zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingung in der Registratur einzusehenden Taxe soll

am 16. Mai 1861 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Der dem Aufenthalte nach unbekannte Gutsbesitzer **Alexander Kolski** wird hierzu öffentlich vorgeladen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen beim Subhastationsgerichte zu melden.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von 406 Klaftern Eichen- und 15 Klaftern Kiefern-Kloben-Brennholz für die Provinzial-Irren-Heilanstalt in **Owinsk** pro 1862 soll durch Submission entweder im Ganzen oder in Partiallieferungen von 50 Klaftern in Entreprise ausgethan werden. Gebote auf andere Holzgattungen als eichenes Holz können ebenfalls abgegeben werden.

Der Schlußtermin zur Einreichuug der schriftlichen Gebote ist auf **den 19. Februar d. J.** anberaumt.

Die Bedingungen können zu jeder Zeit im Anstaltsbüreau eingesehen werden.

Owinsk, den 4. Februar 1861.
Die Direktion der Provinzial-Irren-Heilanstalt.

Bekanntmachung.

Die Umpflasterung des Chausseezuges durch die Stadt **Stenszewo** auf 297 Ruthen Länge und die Lieferung der dazu erforderlichen Materialien, soll im Wege der Submission vergeben werden.

Unternehmungslustige wollen ihre Offerten portofrei und versiegelt mit der Aufschrift:

„Submission auf Pflasterarbeit in Stenszewo“

dem Unterzeichneten bis zu dem in meiner Wohnung, Kleine Ritterstr. 6, angesetzten Submissions-Termine,

dem 20. Februar c. Vormittags 11 Uhr,

einreichen, wo dieselben in Gegenwart der etwa erscheinenden Submittenten eröffnet werden sollen.

Der Kostenanschlag und die Bedingungen liegen bei dem Unterzeichneten zur Einsicht aus, und können auch gegen Erstattung der Kopialien abschriftlich mitgetheilt werden.

Posen, den 6. Februar 1861.
Der Wasserbau-Inspektor **Passeck.**

Pensions-Anzeige.

Eltern, welche beabsichtigen, ihre Kinder unter vortheilhaften Bedingungen vom 1. April d. J. ab in Pension zu geben, wollen das Nähere darüber erfragen beim Musiklehrer **A. Krug** in **Posen**, Alter Markt Nr. 52.

Pensionäre finden unter soliden Bedingungen liebevolle Aufnahme, Ueberwachung und wirksame Nachhülfe bei **J. G. Hartmann,** Langestraße Nr. 7, i. d. Nähe des Fr. Wilh. Gymnasiums.

Möbel-, Fleisch-, Cognac-, Wagen- und Kleider-Auktion.

Im Auftrage des königl. Kreisgerichts hier werde ich **Freitag den 8. Februar c.** Vormittags von 9 Uhr ab in dem **Auktionslokal Magazinstraße Nr. 1**

diverse Möbel,
1⅝ **Zentner eingesalzenes Schweinefleisch**, 2 Scheffel Erbsen, **silberne Eßlöffel**, goldene Ringe, Kleidungsstücke, Betten,
200 Bouteillen guten echten Cognac in kleinen Partien und
um 12 Uhr **einen halbverdeckten Kutschwagen**

öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung versteigern. **Zobel**, gerichtlicher Auktionator.

Große Pferde-Auktion.

Montag den 11. Februar c. Vormittags von 10 Uhr ab sollen in **Breslau**, am Schlössel (auf dem Pferdemarkt, Odervorstadt),

circa 60 Stück oberöstreichische und steier'sche Wagen-, Post- und Arbeitspferde, 4 bis 6 Jahr alt,

meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigert werden.

H. Saul, Auktions-Kommissarius.

Das in der Stadt **Kurnik** an der Posener Straße unter No. 68 I. belegene Grundstück, bestehend aus einem 4 Stuben, 2 Alkoven und Kelleranbau enthaltenden Wohnhause, massiver Schmiedewerkstelle, ausreichenden Stallungen, Hofraum und einem circa 2 Morgen großen Obst- und Gemüsegarten, der an den hiesigen See angrenzt, soll aus freier Hand gegen gleich baare Auszahlung bis auf 90 Thlr., die vorläufig stehen bleiben können, verkauft werden.

Nähere Auskunft ertheilt der Gastwirth **Beck** in Bnin.

Zur Verpachtung der beiden bei **Wronke** an der Warthe belegenen Ziegeleien, der sogenannten **„Eisenbahn-Ziegelei“** und der früheren **„Wagner**schen **Ziegelei“** habe ich einen Termin auf den

13. d. Mts. Nachmittags 2 Uhr

in **Wronke** in meinem Geschäftslokale angesetzt, und lade dazu Pachtlustige ein.

Samter, den 6. Februar 1861.
Der königliche Rechtsanwalt und Notar **Ahlemann.**

Krug- und Milchpacht.

Vom 1. April c. ist ein **Krug** und die **Milch** vom Vorwerk in **Ober-Wilda** bei **Posen** zu verpachten. Kautionsfähige Pächter können sich persönlich oder in portofreien Briefen an den Besitzer daselbst wenden.

Bleichwaaren

übernehme ich auch dieses Jahr wieder zur Beförderung auf **Natur-Rasenbleiche** für Herrn **Friedrich Emrich** in **Hirschberg** und kann bei reellster Bedienung billigste Preise versichern.

Schrimm, den 7. Februar 1861.
Emil Siewerth.

Seit dem 31. Mai 1860 Mitglied des **Potsdamer Vieh-Versicherungs-Vereins** in Gegenseitigkeit, kann ich allen Viehbesitzern nicht genug empfehlen, sich demselben anzuschließen.

Ich habe mein bestes Pferd durch Kolik eingebüßt, und hat mir obiger segensreicher Verein durch den Agenten **Emil Siewerth** dasselbe mit Thlr. 67 15 Sgr. heute ausbezahlen lassen, was ich hierdurch dankend zur Oeffentlichkeit bringe, mit dem Wunsche, daß alle Viehbesitzer diesem rechtthätigen Verein beitreten möchten.

Schrimm, den 4. Februar 1861.
A. Neufeld, Kaufmann.

Bezugnehmend auf Vorstehendes, empfehle ich mich zur Versicherungs-Aufnahme bestens.

Schrimm, den 6. Februar 1861.
Der Vereins-Agent ***Emil Siewerth.***

Aepfel- und Birnbaumstämmchen von den edelsten Sorten, schockweise und einzeln, **200 zur Zucht** taugliche, nach der Schur zu verabfolgende **Schafmütter**, ingleichen **100 Hammel und einige Sprungböcke** aus der kerngesunden Dominialherde stehen auf dem Dominium ***Lubin*** bei **Kriewen** zum Verkauf.

Kleesaat, roth, weiß und gelb, **Tymothee, Lupinen, Gräser** und alle anderen Sämereien kaufen und verkaufen stets zu angemessenen Preisen

L. Kronthal & Lewy,
Markt 84, eine Treppe.

Aufträge auf fein gemahlenen

Sperenberger Düngergyps

erbitte ich mir rechtzeitig, da ich denselben bei **direkter Wasserabladung** zu billigen Preisen erlassen kann.

Peru-Guano,

direkt von **Anty. Gibbs & Sons** in **London** bezogen, offerire ich unter Garantie der Echtheit.

S. Calvary in Posen,
Breitestraße 1.

Peru-Guano und **fein gemahlenen Düngergyps** offeriren ***L. Kronthal & Lewy,*** Markt 84.

Fischnetze in jeder beliebigen Gattung, **direkt aus Galizien** bezogen, sind angekommen und offerirt solche zu äußerst billigen Preisen die Seilerwaaren-Handlung von

Siegismund Aschheim,

an der Wallischeibrücke im Hause des Herrn Apotheker **Reimann.**



Bekanntmachung.

Den 21. Februar d. J. Nachmittags um 3 Uhr findet in **Mylius Hôtel de Dresde** eine außerordentliche Generalversammlung der Mitglieder des Vereins für Verbesserung der Pferdezucht rc. statt, in welcher ein Abgeordneter Behufs Wahl der drei technischen Mitglieder und deren Stellvertreter des oberen Schiedsgerichts zur Entscheidung von Streitigkeiten in Rennangelegenheiten, für die Jahre 1861, 62 und 63 gewählt werden soll.

Die geehrten Mitglieder des Vereins werden ergebenst ersucht, sich bei dieser Generalversammlung recht zahlreich zu betheiligen.

Posen, den 17. Januar 1861.

Das Direktorium des Vereins für Verbesserung der Pferdezucht etc. im Großherzogthum Posen.

Der Präses.

Der General-Sekretär. Zygmunt v. Jaraczewski. — Der Schatzmeister. Magnuszewicz.

Es ist heute hier ein Verein gegründet worden, welcher den Namen: **„Geselliger Verein der deutschen Landwirthe der Provinz Posen“** führen wird. Der Zweck des Vereins ist, ein inniges Zusammenhalten und Kräftigen des deutschen Elements zu bewirken. Der Verein vertritt die landwirthschaftlichen und geselligen Interessen der deutschen Landwirthe hiesiger Provinz. Mitglied kann jeder unbescholtene deutsche Landwirth hiesiger Provinz werden; jedem solchen steht der Beitritt durch Meldung bei dem Vorstande, welcher über die Aufnahme entscheidet, frei. Es werden jährlich 4 Versammlungen, 2 in Posen und 2 in Bromberg, stattfinden.

Indem wir uns auf obige Paragraphen des Vereinsstatuts berufen, fordern wir hierdurch die deutschen Landwirthe der Provinz, welche unserm Verein beitreten wollen, auf, sich unter frankirter Uebersendung des jährlichen Beitrages von 3 Thalern mit recht genauer Angabe des Wohnortes und der nächsten Poststation bei unserem Korrespondenz und Kasse führenden Vorstandsmitgliede, dem Herrn Rittergutsbesitzer **v. Tempelhoff** auf Dąbrówko bei Posen zu melden, welcher das Weitere veranlassen wird.

Diese Aufforderung gilt auch denjenigen Herren, welche sich schon vor der heutigen Versammlung sowohl schriftlich wie mündlich gemeldet hatten, also allen, welche das heute entworfene Vereinsstatut nicht unterschrieben haben.

Posen, den 25. Januar 1861.

Der Vorstand des geselligen Vereins der deutschen Landwirthe der Provinz Posen.

v. Tempelhoff auf Dąbrówko. **Robert Baarth** auf Cerekwica. **Kennemann** auf Klenka. **v. Saenger** auf Grabowo. **v. Treskow** auf Grocholin. **Iffland** auf Chlebowo.

Verein junger Kaufleute.

Sonnabend den 9. Februar c. Nachmittags **2** Uhr: Vortrag des Herrn Oberprediger **Wenzel** über **Literatur.**

Zur Unterstützung der Armen mit wohlfeilen Lebensmitteln ist eingekommen: von den Herren Dr. Schladebach 2 Thlr., Wilibald Schultz 1 Thlr., Bornstädt Wittwe 10 Sgr., v. Münchow, General 1 Thlr., Rehfeld und Keyl 1 Thlr., Oehmig 1 Thlr., Samuel Jaffe 10 Thlr., v. Kalisch, Forstrath 1 Thlr., Isidor Appel 15 Sgr., G. A. Schleh 1 Thlr., A. Szpingier 1 Thlr., Rosenthal, Bankdirektor 5 Thlr., v. Giżycki Just. Rath 5 Thlr., Liszkowski 2 Thlr., Friseur Cohn 1 Thlr., Fr. Busch 2 Thlr., Optikus Pohl 1 Thlr., Donnar 1 Thlr., Engelmann 1 Thlr., Menzel 1 Thlr., Beely 4 Thlr., Wakarecy u. Jerzykiewicz 1 Thlr., Regierungsrath Stöckel 1 Thlr. 10 Sgr., Rath Gaebel 2 Thlr., Breslauer 2 Thlr., Frau Renard 2 Thlr., Rath Fräntzel 3 Thlr., Gäde 1 Thlr., v. Treskow (Radojewo) 5 Thlr., Baurath Wollenhaupt 3 Thlr., Theodor Stern 2 Thlr., C. J. Hollnak 1 Thlr., Kranz 1 Thlr., Tilsner 1 Thlr., Goubeau 15 Sgr., Bankdirektor Hill 5 Thlr., Eckert 2 Thlr., Hübner 3 Thlr., Präs. Klebs 10 Thlr., Jacob Appel 3 Thlr., Mielcarzewicz 1 Thlr., Wilden 1 Thlr., Filehne 1 Thlr., W. Schmädicke 1 Thlr., Zeuschner 1 Thlr., Dähne 1 Thlr., Służewski 1 Thlr., Mylius 3 Thlr. 5 Sgr., v. Kurzewski 1 Thlr., M. Mayer 2 Thlr., J. Asch 2 Thlr., Reg. R. v. Bernuth 2 Thlr., Hochberger 1 Thlr., Postdirektor Buttendorff 3 Thlr., Jacob Mendelsohn 2 Thlr., v. Drwęska 15 Sgr., Stabsarzt Laube 1 Thlr., Munk 4 Thlr., Misch 2 Thlr., Karl Borchardt 1 Thlr., Kantorowicz 1 Thlr. 15 Sgr., Pilling 3 Thlr., Baurath Schinkel 1 Thlr., Eugen Werner (Berger) 1 Thlr. 15 Sgr., Baltes 2 Thlr., Dr. Levisseur 1 Thlr., v. Wolffersdorf 1 Thlr., Below 1 Thlr., Rechtsanwalt Janecki 5 Thlr., Rechtsanwalt Dönniges 10 Thlr., Otto Weicher 1 Thlr., Graf Sierakowski 5 Thlr., Hermann Jaffe's Wittwe 3 Thlr., Hauptmann v. Zakrzewski 10 Sgr., Lieutenant Matschke 15 Sgr., Eßmann 5 Sgr., Sikorski 5 Sgr., Friedländer 10 Sgr., Słomowski 15 Sgr., Mendelsohn 15 Sgr., Wunsch 15 Sgr., Gläser 15 Sgr., Jänsch 15 Sgr., Regierungsrath Brecker 15 Sgr., Mendel Cohn 5 Thlr., J. N. Piotrowski 2 Thlr., Dr. Goldmann 1 Thlr., Hoffmeyer (Złotnik) 1 Thlr., Kernbach (Kicin) 1 Thlr., Kaufmann Julius Briske drei Scheffel Erbsen, Schneidermeister Asch 15 Sgr. Haenisch 1 Thlr., Rehfisch 1 Thlr.

D. G. Baarth.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung unserer Tochter **Ulrike** mit dem Kaufmann Hrn. **Julius Schachna** aus **Stettin** beehren wir uns hiermit ergebenst anzuzeigen.

Neustadt b./P., den 6. Februar 1861.

Jacob Wolffsohn und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:
Ulrike Wolffsohn,
Julius Schachna.

Ihre eheliche Verbindung zeigen hierdurch ergebenst an
Joseph Radziejewski
Felicia Radziejewska geb. **Königsberger.**
Posen, am 5. Februar 1861.

Stadttheater.

Donnerstag, zum Benefiz für Herrn **Horst Richter,** zum Erstenmale: **Die Gauner von Berlin** oder: **Ein ehemaliger Spandauer.** Volksschauspiel mit Gesang in 4 Akten und 8 Bildern von Hugo Müller. Die Musik von Josef Neswadba.

Erste Abtheilung: **Liebe im Palast.** Zweite Abtheilung: **Va banque.** Dritte Abtheil.: **Polizeidirektor Stöber.** Vierte Abtheilung: **Schwarzkopf.**

☞ Obengenanntes Schauspiel wird in Berlin fortwährend am Vaudeville-Theater gegeben, und ist an den meisten Bühnen Deutschlands in Vorbereitung. Es dürfte vielleicht von Interesse sein, zu wissen, daß der Dichter ein geborener Posener ist. Die Musik ist vom Kapellmeister der italienischen Oper am Victoria-Theater in Berlin.

Freitag, auf Verlangen zum Zweitenmale: **Martha.** Große komische Oper in 4 Akten von Flotow.

In Vorbereitung: **Dinorah. Die eiserne Maske. Die Jagd nach einem Mädchen. Gustel von Blasewitz.**

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 7. Febr. 1861.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½% Staats-Schuldsch.	—	86½	—
„ 4 „ Staats-Anleihe	—	—	—
„ 4½ „ „	101	—	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	—	104⅜	—
Preuß. 3½% Prämien-Anl. 1855	—	115⅞	—
Posener 4% Pfandbriefe	—	100⅛	—
„ 3½ „ „	—	92⅛	—
„ 4 „ neue „	—	88⅓	—
Schles. 3½% Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ „ „	—	—	—
Poln. 4 „ „	86½	—	—
Posener Rentenbriefe	92¼	—	—
„ 4% Stadt-Oblig. II. Em.	—	90¾	—
„ 5 „ Prov. Obligat.	—	98	—
„ Provinzial-Bankaktien	—	78⅛	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
„ Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	87	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—	—	—

Roggen unverändert, gekündigt 25 Wispel, pr. Febr. 43½ bz., Frühjahr 43¾ bz., Mai-Juni 44½ Br. u. Gd.

Spiritus etwas besser, gekündigt 12,000 Quart, mit Faß pr. Febr. 20⅛ bz., März 20⅛ bz., April 20 7/12 bz., Mai 21 bz.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 6. Febr. Vorm. 8 Uhr 7 Fuß 9 Zoll.
„ 7. „ „ „ 8 „ — „

Produkten-Börse.

Berlin, 6. Febr. Wind: Süd-West. Barometer: 28⅓. Thermometer: 6° +. Witterung: sonnig und sehr milde.

Weizen loko 70 a 84 Rt.

Roggen loko 49¼ a 50¼ Rt., p. Febr. 49 a 48⅞ a 49⅛ Rt. bz., 49¼ Br., 49 Gd., p. Febr.-März 48¾ a 48⅞ a 48¾ Rt. bz. u. Br., 48⅝ Gd., p. Frühjahr 48¼ a 48⅜ a 48¼ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Mai-Juni 48¼ a 48⅜ Rt. bz. u. Br., 48¼ Gd., p. Juni-Juli 48½ a 48⅝ Rt. bz.

Große Gerste 42 a 48 Rt.

Hafer loko 26 a 29 Rt., p. Febr. 26¾ Rt. Br., p. Frühjahr 26 11/12 Rt. bz., 27 Br., 26¾ Gd., p. Mai-Juni 27⅛ Rt. bz. u. Br.

Rüböl loko 11⅜ Rt. bz., p. Febr. 11⅜ Rt. bz. u. Gd., 11 5/12 Br., p. Febr.-März 11⅜ Rt. bz. u. Gd., 11 5/12 Br., p. März-April 11 5/12 Rt. Br. 11⅜ Gd., p. April-Mai 11⅜ a 11 5/12 Rt. bz. u. Br., 11⅜ Gd., p. Mai-Juni 11 11/24 a 11½ Rt. bz. u. Br., 11 5/12 Gd., p. Sept.-Okt. 11 11/12 Rt. Br.

Spiritus loko ohne Faß 20⅝ a 21 Rt. bz., p. Febr. 20⅝ a 21 1/12 Rt. bz. u. Br., 21 Gd., p. Febr.-März 20⅝ a 21 1/12 Rt. bz. u. Br., 21 Gd., p. März-April 21¼ Rt. bz. u. Gd., 21⅓ Br., p. April-Mai 21⅓ a 21½ Rt. bz. u. Br., 21 5/12 Gd., p. Mai-Juni 21⅝ a 21 17/24 Rt. bz., 21⅝ Br. u. Gd., p. Juni-Juli 21⅞ a 21 11/12 Rt. bz. u. Br., 21⅝ Gd., p. Juli-Aug. 22¼ Rt. bz.

Weizenmehl 0. 5⅓ a 5¾, 0. u. 1. 5 a 5⅙ Rt. Roggenmehl 0. 3⅔ a 3 7/12, 0. u. 1. 3⅓ a 3 5/12 Rt. p. Ztr. unversteuert. (B. u. H. Z.)

Stettin, 6. Febr. Wetter: milde klare Luft + 5° R. Wind: SW.

Weizen loko p. 85pfd. gelber 78—83½ Rt. bz., 1 Conn. ungarischer gestern Abend 79 Rt. bz., 85pfd. gelber p. Frühjahr 85½ Rt. Br., 85 Gd., 83/85pfd. 82½ Rt. Br., 82 Gd., p. Mai-Juni 82½ Rt. Br.

Roggen loko p. 77pfd. 44¾, 45 Rt. bz., 77pfd. p. Febr.-März 45¾ Rt. Br., p. Frühj. 46½ Rt. bz. u. Gd., p. Mai-Juni 47 Rt. Br., p. Juni-Juli 47½ Rt. Br.

Gerste, märker p. 70pfd. 47 Rt. Br., p. Frühj. Oderbruch 69/70pfd. 49½ Rt. Br.

Hafer ohne Umsatz.

Erbsen, kleine Koch- 50—50½ Rt. bz.

Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
56—60—80.	45—47.	32—40.	20—26.

Erbsen 47—51.

Kartoffeln 17—20 Sgr.
Heu 15—17½ Sgr.
Stroh 5⅝—6 Rt.

Rüböl loko 11¼ Rt. bz., 11⅛ Br., p. Febr.-März 11⅛ Rt. Br., p. April-Mai 11 5/12 Rt. bz. u. Br., ⅓ Gd., p. Sept.-Okt. 11 19/24 Rt. bz., 11¾ Gd., 11⅝ Br.

Spiritus loko ohne Faß 20 5/12, ⅙ Rt. bz., p. Febr. u. Febr.-März 20½ Rt. bz. u. Gd., 20 5/12 Br., p. März-April 20¾ Rt. Gd., p. Frühjahr 21 1/12 Rt. Br., 21 Gd., p. Mai-Juni 21⅙ Rt. Br., 5/12 bz., p. Juni-Juli 21⅝ Rt. Br. (Ostf. Ztg.)

Breslau, 6. Febr. Wetter: Anhaltend mild, heitere Luft, früh + 2°.

Weißer Weizen 80—85—90—94 Sgr., gelber 80—85—88—90 Sgr.

Roggen, 61—62—63 Sgr.

Gerste, gelbe 45—51 Sgr., weiße 55—60 Sgr.

Hafer, 29—31—34 Sgr.

Erbsen, 55—60—68 Sgr.

Oelsaaten. Winterraps 95—97—98 Sgr. Sommerrübsen 63—72—80 Sgr.

Rother ord. Kleesamen 12—13 Rt., mittler 13½—14½ Rt., feiner 15—16, hochfeiner 16½—17½ Rt., weißer ord. 8—11 Rt., mittler 12—14½ Rt., feiner 15—17 Rt., hochfeiner bis 21½ Rt.

Thymothe 9—10—10½ Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80% Tralles) 20⅞ Rt. Gd.

An der Börse. Roggen p. Febr. 48¾ Br., Febr.-März 48¾ Br., März-April 49 Br., April-Mai 49¼ bz. u. Gd., 49½ Br., Mai-Juni 50 Gd.

Rüböl loko 11⅛ Br., 11 1/12 Gd., p. Febr. 11⅛ Br., Febr.-März 11⅛ Br., März-April 11¼ Br., April-Mai 11 5/12 Br., Mai-Juni 11½ Br., Sept.-Okt. 11⅝ Br.

Spiritus loko 20¾ Gd., p. Febr. u. Febr.-März 20⅝ Br., März-April 20⅞ Br., April-Mai 21 Br., Mai-Juni 21⅓ Gd. (Br. Hdlsbl.)

Wollbericht.

Pesth, 1. Febr. In Schafwolle war der Umsatz unbedeutend und es wurden bloß einige kleine Partien Ein- und Zweischuren und Lammwollen zu unbekannten Preisen, ferner eine kleine Partie Siebenbürger und Zigaja à 119—120 Fl. aus dem Markte genommen.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 6. Febr. 1861.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	73½ G
Aachen-Mastricht	4	16¾-17 bz
Amsterd. Rotterd.	4	76 bz u G
Berg. Märk. Lt. A.	4	83½-84 bz
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	109-½ bz
Berlin-Hamburg	4	109 bz
Berl. Potsd. Magd.	4	132 bz
Berlin-Stettin	4	102½-3 bz
Bresl. Schw. Freib.	4	83½ G
Brieg-Neiße	4	— —
Cöln-Crefeld	4	— —
Cöln-Minden	3½	127-28 bz
Cos. Oderb (Wilh.)	4	35 bz
do. Stamm-Pr.	4½	— —
do. do.	4	— —
Löbau-Zittauer	5	— —
Ludwigshaf. Berb.	4	125¾ bz
Magdeb. Halberst.	4	188 G
Magdeb. Wittenb.	4	33½-34 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	98 bz u B
Mecklenburger	4	44-44¼ bz
Münster-Hammer	4	— —
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	94 bz
Niederschl. Zweigb.	4	— —
do. Stamm-Pr.	4	— —
Nordb., Fr. Wilh.	5	43-44 bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	120¼-21½ bz
do. Litt. B.	3½	109¼-10 bz
Oest. Franz. Staat.	5	126-27 bz
Oppeln-Tarnowitz	4	29¼ G
Pr. Wlh. (Steel-B)	4	49 G
Rheinische,	4	78-79¼ bz
do. Stamm-Pr.	4	90 B
Rhein-Nahebahn	4	24½ bz
Ruhrort-Crefeld	3½	75 G
Stargard-Posen	3½	82¾ bz
Thüringer	4	101 bz u G

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	115½ B
Berl. Handels-Ges.	4	78¼ G
Braunschw. Bk. A.	4	63½-64 bz u B
Bremer do.	4	97 G
Coburg. Kredit-do.	4	39 B
Danzig. Priv. Bk.	4	85 G
Darmstädter abgst.	4	68½ bz
do. Ber. Scheine	4	— —
do. Zettel-B. A.	4	93 G
Dessauer Kredit-do.	4	13½-⅜ bz
Dessauer Landesbk.	4	15¾ G
Disk. Comm. Anth.	4	78½ bz
Genfer Kred. Bk. A.	4	21¾ bz
Geraer do.	4	68½ G
Gothaer Priv. do.	4	66½ G
Hannoversche do.	4	90 B
Königsb. Priv. do.	4	80½ G
Leipzig. Kredit-do.	4	58⅝ G
Luxemburger do.	4	79¾ B
Magdeb. Priv. do.	4	77 B
Meining. Kred. do.	4	65 etw bz u G
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	80½ bz
Oestr. Kredit- do.	5	53-52¾-53½ bz u B
Pomm. Ritt. do.	4	64 G
Posener Prov. Bank	4	78½ G
Preuß. Bank-Anth.	4½	126 bz
Rostocker Bank Akt.	4	103 G
Schles. Bank Verein	4	75½ G
Thüring. Bank-Akt.	4	51½ G
Vereinsbank, Hamb.	4	98½ G
Waaren-Kred. Anth.	5	— —
Weimar. Bank-Akt.	4	75 etw bz u G

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	94 G
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	63 G
Hörder Hüttenv. Ak.	5	60¾ bz
Minerva, Bergw. A.	5	19½ G
Neustädt. Hüttenv. A	5	3 etw bz p. St.
Concordia	4	102½ B [fco. Zins.
Magdeb. Feuerversf. A	4	350 B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	81 G
do. II. Em.	4	80 G
do. III. Em.	4½	85 B
Aachen-Mastricht	4½	— —
do. II. Em.	5	— —
Bergisch-Märkische	5	102½ bz
do. II. Ser.	5	102 bz IV. 99½ B
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	74¾ bz
do. Düsseld. Elberf.	4	84½ G
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	83¼ bz
do. II. Ser.	4½	— —
Berlin-Anhalt	4	96¾ G
do.	4½	100¼ bz
Berlin-Hamburg	4½	103 G
do. II. Em.	4½	102 G
Berl. Pots. Mg. A.	4	93½ bz
do. Litt. C.	4½	99¾ G
do. Litt. D.	4½	99¾ etw bz
Berlin-Stettin	4½	— —
do. II. Em.	4	87½ bz
do. III. Em.	4	86¾ G
Bresl. Schw. Freib.	4½	— —
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	101 bz
do. II. Em.	5	103 G
Cöln-Minden	4	87 bz
do. III. Em.	4	83½ G
do.	4½	91¾ bz
do. IV. Em.	4	82 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	79¼ G
do. III. Em.	4½	84½ B
Magdeb. Wittenb.	4½	92 G
Niederschles. Märk.	4	93½ bz
do. conv.	4	93 bz
do. conv. III. Ser.	4	89¼ bz
do. IV. Ser.	5	102½ G
Nordb., Fried. Wilh	4½	100½ G
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	79¼ G, C. —
do. Litt. D.	4	86¾ bz
do. Litt. E.	3½	74½ G
do. Litt. F.	4½	93⅛ bz
Oestreich. Französ.	3	251 bz u G
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	II. — —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	84¾ G
do. v. Staatgarant.	3½	— —
Rheinische Pr. Obl.	4½	87¾ bz
Rh. Nhe-Pr. v. St. g	4½	95½ B
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	80 G
do. III. Ser.	4½	85 B
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	93½ G
do. III. Em.	4½	93½ G
Thüringer	4½	101½ bz
do. III. Ser.	4½	101 G II. 104½ [G
do. IV. Ser.	4½	98½ G

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	100¼ G
Staats Anl. 1859	5	105-¼ bz
do.	4½	100¼ bz
do. 1856	4½	100¼ G
do. 1853	4	95½ bz
N. Präm St A 1855	3½	116-⅛ bz
Staats-Schuldsch.	3½	86¾ G
Kur- u Neum. Schldv	3½	84¾ G
Berl. Stadt-Oblig.	4½	100¾ G
do. do.	3½	83 G
Berl. Börsenh. Obl.	5	103 bz
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	90¾ bz
do.	4	99¾ G
Ostpreußische	3½	82¾ G
do.	4	92⅛ G
Pommersche	3½	88¾ G
do. neue	4½	96½ bz
Posensche	4	100¼ G
do.	3½	92⅛ G
do. neue	4	88⅛ bz
Schlesische	3½	89 bz
B. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreußische	3½	83 bz
do.	4	92¼ B
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	96 bz
Pommersche	4	96¼ bz
Posensche	4	92 bz
Preußische	4	95 G
Rhein- u. Westf.	4	95⅓ bz
Sächsische	4	95¾ bz
Schlesische	4	95 bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	41½-⅜ bz
do. National-Anl.	5	49½-50¼ bz u B
do. 250fl. Präm. O.	4	53 bz
do. neue 100fl. Loose	—	49½ bz
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	87½ G
6. do.	5	99¾ etw bz
Englische Anl.	5	101¾ G 4½%
N. Russ. Egl. Anl.	3	60-⅛ bz u B [90 B
Polnische: Poln. Schatz-O.	4	80⅜ bz
Cert. A. 300 Fl.	5	93⅜ B
do. B. 200 Fl.	—	23 G
Pfdbr. u. in S R.	4	85¾ bz
Part. O. 500 Fl.	4	91 B
Oestr. 5proz. Loose	5	53-¼ bz u G
Hamb. Pr. 100 BM	—	87½ G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	45 etw bz
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	30⅝ B
Dessau. Präm. Anl.	3½	93½ etw bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113¼ bz
Gold-Kronen	—	9. 4¼ G
Louisd'or	—	109 B
Sovereigns	—	6. 19¾ G
Napoleonsd'or	—	5. 9⅛ bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	456¼ G
Dollars	—	1. 11¼ bz u G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 21 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ bz
Fremde Banknot.	—	99½ G
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅝ bz
Fremde kleine	—	99⅛ G
Oestr. Banknoten	—	66⅝ bz
Poln. Bankbillet	—	87 G

Wechsel-Kurse vom 5. Febr.

Amsterd. 250fl. kurz	3	141¾ bz
do. 2 M.	3	141 bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2½	150½ bz
do. do. 2 M.	2½	149⅝ bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6. 18⅛ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	79 bz
Wien öst. W. 8 T.	—	65½ bz
do. do. 2 M.	6	64½ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 22 G
Frankf. 100 fl. 2 M.	3	56. 22 G
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99⅝ bz
do. do. 2 M.	4	99⅛ G
Petersb. 100 R. 3 W.	4	96⅞ bz
Bremen 100 Tlr. 8 T.	3½	108⅞ bz
Warschau 90 R. 8 T.	—	87⅝ bz
Bank-Disk. f. Wchs.	4	

Die heutige Börse war eine der thätigsten und bewegtesten; jeder Erhöhung des Gebots folgte eine weitere Preissteigerung der Abgeber und lehnten Verkäufer in nicht wenigen Fällen den Verkauf für heute sogar ganz ab.

Breslau, 6. Februar. Feste Stimmung bei wenig veränderten Kursen. Preußische Fonds beliebt.

Schlußkurse. Oestreich. Kredit-Bank-Aktien 52¾ bz. u. Gd. Schlesischer Bankverein 76 Br. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 83 Gd. dito Prior. Oblig. 85¼ Gd. dito Prior. Oblig. 93 Gd. Köln-Mindener Prior. —. Neisse-Brieger 49½ Br. Oberschlesische Lit. A. und C. 119¾ Gd. dito Lit. B. 107¾ Gd. dito Prior. Oblig. 86 1/12 Gd. dito Prior. Oblig. Lit. F. 93½ Br. dito Prior. Oblig. Lit. E. 74 Gd. Oppeln-Tarnowitzer 28¾ Gd. Kosel-Oderberger 34½ Gd. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Oblig. —. dito Stamm-Prior.-Obl. —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.